Dělnická akademie
Praha II.
Hybernská 7.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekazanka 18 ◆ Teleph.: 26795, 31469, Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33556 ◆ Postscheckamt: 37544

13. Jahrgang. | Sonntag, 10. September 1933 | Nr. 212.

China am Scheideweg

Allianz mit Japan?

Schanghai, 9. September. (Reuter.) In Kulin findet zur Zeit eine Konferenz statt, die einen entscheidenden Einfluß auf die Zukunft des Fernen Ostens haben kann. An der Konferenz beteiligen sich Tschangkaitschek, Sun, Wang Tschin Wej, der Vorsitzende des Exekutivrates General Hwanfu sowie mehrere andere chinesische Führer. In diesen Beratungen soll entschieden werden, ob China in Zukunft sich den Westmächten und dem Völkerbund zuwenden oder ob es politisch in einer Allianz mit Japan arbeiten werde, wie dies schon lange Zeit hindurch gewisse Kreise behaupten. Hwanfu ist für eine Allianz mit Japan, Sun jedoch für eine Annäherung an die Westmächte.

Schwedischer Boykott deutscher Waren

Stockholm, 9. September. (Inpreß). Der schwedische Gewerkschaftsbund, mit einer Mitgliederzahl von 600.000, hat sich dem Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes angeschlossen, wonach sämtliche deutschen Waren in Schweden boykottiert werden.

Die meuternde SA.

Berlin, 8. September. In der letzten Augustwoche sind Massenverhaftungen in den Berliner SA-Abteilungen vorgenommen worden. SA-Leute hatten ein Flugblatt verteilt, das von der Berliner NSBO unterzeichnet war. Das Flugblatt brachte eine Zusammenstellung aller „sozialistischer" Punkte des NSDAP-Programms und fragte zu jedem der veröffentlichten Punkte: „Wann wird das verwirklicht?"

Die Auswahl verläßlicher Leute für den Nürnberger Parteitag hat in den Reihen der zurückgesetzten SA-Männer große Empörung ausgelöst. Im ganzen Reich kam es Donnerstag und Freitag, als endgültig bekannt wurde, wer als verläßlich für die Teilnahme ausersehen war, zu großen Meutereien. Selbst die gleichgeschaltete Presse griff in den Streit ein und nahm gegen die getroffenen Maßnahmen Stellung. Der verantwortliche Schriftleiter des „Heidelsberger Tageblattes" wurde abgesetzt und in Schutzhaft genommen. Auch in Dessau und Umgebung meuterten die SA-Männer. Ein großer Teil wurde in das neu geschaffene Konzentrationslager Roßlau gebracht.

Entlassene Staatsanwälte

Berlin, 9. September. Die Justizpressestelle teilt mit: Die Oberstaatsanwälte Binder und Köhler sind im dienstlichen Interesse beurlaubt worden, weil eine Nachprüfung von Vorgängen, die längere Zeit zurückliegen, eingeleitet worden ist, die diesen Schritt erforderlich erscheinen ließ. Oberstaatsanwalt Köhler ist sofort auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Staatsdienst entlassen worden.

Ein Aufrechter

Stuttgart, 9. September. Aus Rottweil wird gemeldet: Landgerichtsrat Fischer wurde gestern in Schutzhaft genommen, weil er sich geweigert hat, den angeordneten deutschen Gruß im Dienste abzugeben und zu erwidern. Er hat auf die Vorhaltungen erklärt, daß er sich der Anordnung des Staatsministeriums nicht fügen würde. Landgerichtsrat Fischer wurde bereits in das Konzentrationslager Heuberg gebracht.

Bulgarien wetteifert mit Hitler-Deutschland

in der Zahl der Hinrichtungen.

Sofia, 9. September. In der nordbulgarischen Stadt Schumen wurden wegen kommunistischer Propaganda und Zellenbildung innerhalb der Garnison 16 Personen zum Tode verurteilt, sechs Angeklagte zu 16 Jahren, 13 zu acht Jahren Zuchthaus und 14 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von eineinhalb bis fünf Jahren verurteilt. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.

Neue Nazi-Hetze gegen Oesterreich

Briefpropaganda „nationale Pflicht jedes Deutschen"

Berlin, 9. September. Die Reichspropagandaleitung der NSDAP hat einen Aufruf erlassen, indem es jedem Deutschen zur nationalen Pflicht gemacht wird, die Hakenkreuzler in Oesterreich in ihrem „Befreiungskampf" gegen die „separatistische" Regierung Dollfuß zu unterstützen. Jeder, der Verwandte, Freunde oder Bekannte in Oesterreich hat, müsse ihnen schreiben und sie darüber aufklären, was Adolf Hitler bisher für das deutsche Volk geleistet habe und wie es in Deutschland wirklich aussehe. Ebenso solle jeder Ausschnitte aus Zeitungen, die den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Deutschlands behandeln, fortlaufend nach Oesterreich senden. Wenn jeder Deutsche jetzt seine Pflicht tue und die geschilderte propagandistische Arbeit auf sich nehme, so könne die Knebelung der nationalsozialistischen Presse und Propaganda in Oesterreich zehnfach wettgemacht werden.

Oesterreichische Gegenmaßnahmen

Wien, 9. September. Der „Stunde" zufolge bereitet das Bundesministerium für Justiz im Hinblick auf die Aufforderung der Propaganda-Abteilung der NSDAP. an ihre Mitglieder, in ihren Briefen nach Oesterreich für die NSDAP. Propaganda zu machen und Zeitungsausschnitte über die Leistungen der NSDAP. beizulegen, eine Notverordnung vor, durch die die österreichischen Grenzorgane das Recht erhalten sollen, verdächtige Briefschaften und Druckschriften aus dem Auslande aufzuhalten und zu konfiszieren.

Ueberläufer

München, 9. September. In der hiesigen Landesleitung der NSDAP Oesterreichs erschienen gestern abends zwei Offiziere des österreichischen Bundesheeres in voller Uniform mit umgeschnallten Säbeln, und zwar Oberleutnant Bruno Fuschelberger vom Alpenjäger-Bataillon Nr. 3 in Salzburg und Oberleutnant Theobald Schwarzängel von der Dragonerschwadron Nr. 6 in Salzburg. Die beiden Offiziere sind am Freitag morgen bei Salzburg über die Grenze gegangen, weil sie, wie sie erklärten, nicht mehr in den Diensten des franzosenfreundlichen Systems Dollfuß stehen wollten.

Waffensuche bei Klosterneuburger Sozialdemokraten

Wien, 9. September. In Klosterneuburg fanden gestern und heute polizeiliche Durchsuchungen in einigen sozialdemokratischen Lokalen, Turnvereinen und auf den Sportplätzen statt. Die Polizei suchte nach Waffen und schriftlichem Material des aufgelösten republikanischen Schutzbundes. Der ehemalige Führer dieser Organisation Willimek, bei dem einige Gewehre, Munition und verschiedenes Aktenmaterial gefunden wurde, wurde verhaftet.

Bauernaufmarsch beim Katholikentag

Wien, 9. September. 40.000 Bauern marschierten heute vormittags von der Votivkirche über die Ringstraße in das Stadion. Vor dem Bauernzug marschierten Abteilungen der ostmärkischen Sturmscharen, die beim Stadion ein Spalier bildeten. Vor dem Denkmal Radetzkys, beim Kriegsministerium, fand ein Defilé statt. Vor dem Radetzky-Denkmal hatten sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß, Heeresminister Vaugoin, Minister Stockinger, Mitglieder der Regierung usw. eingefunden. Dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß bereiteten die Bauern herzliche Ovationen.

Der Londoner Gegenprozeß

Eröffnung in wenigen Tagen

Amsterdam, 8. September. (Inpreß.) Im Auftrage des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes begab sich eine Kommission, bestehend aus der holländischen Abgeordneten, Frau Dr. Bakker-Nort, dem schwedischen Rechtsanwalt Senator Branting und dem belgischen Rechtsanwalt Pierre Vermeylen nach Amsterdam, um alle Fragen zu klären, die den Statisten der Reichstagsbrandstiftung van der Lubbe betreffen.

Die Kommission hat in Anwesenheit eines Notars, zweier vereidigter Stenographen sowie mehrerer holländischer Rechtslehrer und Hochschulprofessoren in eingehender Einvernahme insgesamt 16 Zeugen verhört.

In ihrem offiziellen Kommuniquee bezeichnet die Kommission das Ergebnis der Amsterdamer Untersuchung als außerordentlich wertvoll. Sie erklärt, daß das Material dieser Untersuchung zur Aufklärung der Wahrheit über den Reichstagsbrand unzweifelhaft beitragen wird.

Zugleich teilt die Kommission mit, daß außerordentlich wichtige neue Tatsachen über sämtliche den Reichstagsbrand betreffende Fragen in London bekanntgegeben werden sollen.

Für Mittwoch der nächsten Woche wird die Ankunft des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes in London erwartet. Wir erfahren, daß die Vertreter der Presse und eine kleine Anzahl prominenter Persönlichkeiten den Verhandlungen beiwohnen werden.

Die Sitzungen des Ausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes werden im Court Room (Verhandlungssaal) der Law Society (Juristischen Gesellschaft) in London stattfinden. Dieses Gebäude der angesehensten Juristenvereinigung Englands liegt im Viertel der Anwälte und Gerichte Londons. Der Auftakt zur Verhandlung wird ein feierlicher Empfang der hervorragendsten Rechtsgelehrten und Richter sowie Persönlichkeiten des öffentlichen englischen Lebens, der Politik und der Gesellschaft sein.

Rudolf Breitscheid, der frühere Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wird sich nach London begeben, um dem Untersuchungsausschuß einen Bericht über die innere Organisation des deutschen Reichstags zu geben. Anwesend sein werden ebenfalls der sozialdemokratische Abgeordnete Hertz, früherer Sekretär der Reichstagsfraktion, sowie der frühere Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" und demokratische Abgeordnete Professor Georg Bernhard.

Eine große Kundgebung in Paris

Paris, 9. September. (Inpreß.) Die berühmten französischen Rechtsanwälte Moro Giafferi und Henri Torrès werden am Montag, den 11. September, im großen Pariser Wegramsal die Reden halten, die sie beabsichtigten, im Leipziger Reichstagsbrandprozeß zu halten. Die Versammlung ist einberufen von der Liga gegen den Antisemitismus und dem Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfascismus. Den Vorsitz wird Langevin, Professor der Sorbonne, führen.

Branddirektor Gempp ermordet?

Nachrichten aus Berlin zufolge, die von einer als zuverlässig geltenden Quelle stammen, ist Branddirektor Gempp, der sofort nach dem Reichstagsbrand verhaftet wurde, weil er sich in einer für die offizielle Auffassung abträglichen Weise über die Brandursache geäußert hatte, vor wenigen Tagen ermordet worden.

Da Branddirektor Gempp im kommenden Reichstagsbrandprozeß als Zeuge eine außerordentlich wichtige Rolle zu spielen hätte, besteht aller Grund, um sein Schicksal besorgt zu sein. Die deutsche Regierung muß daher gefragt werden: „Wo ist der Branddirektor Gempp?"

Agrarische Täuschungsmanöver

Sozialisten als Sündenböcke?

Die Agrarier, die sich bei Wahlen u. dgl. mehr stets als „Retter der Landwirtschaft" aufspielen, sind in größter Verlegenheit.

Entgegen allen ihren Bemühungen, höhere Preise für die landwirtschaftlichen Produkte zu erzielen, um die Landwirtschaft rentabler zu gestalten, sind bisher gescheitert. Es ist sogar das Gegenteil des gesteckten Zieles eingetreten, die Preise sind gefallen. Die Vorgänge am Getreidemarkte zeigen dies drastisch. Wie groß der Preisverfall ist, zeigt der Umstand, daß die gegenwärtigen Börsenpreise für Weizen 125 Kronen gegen 220 Kč im Jahre 1927 betragen, die Kornpreise 70 Kč gegen 230 Kč! Im Vorjahr betrug der Weizenpreis noch 150 Kč, der Kornpreis 95 Kč. Darob begreiflicherweise riesige Aufregung in agrarischen Kreisen. Es kommt nicht bloß die wirtschaftliche Seite des Problems, das viele hunderte Millionen Kč bedeutet, in Frage, sondern auch die politische Reputation der beiden agrarischen Parteien. Man stelle sich nur vor, was es für die tschechischen Agrarier, die stolz darauf hinweisen, daß sie die stärkste Partei der Republik verkörpern, praktisch heißt, wenn sich ihre Anhänger enttäuscht fühlen und davonlaufen. Für die deutschen Landbündler ist die Sache noch brenzlicher. Viele ihrer Leute sind schon heute ideologisch mehr drüben beim Hakenkreuz als bei der landbündlerischen „Demokratie". Schlechte Preise bringen die Landbündler noch weiter auf den „Hund". Darum rascheste „Rettung" der Landwirtschaft durch — andere.

Jetzt ist das Ganze sehr schwer im agrarischen Sinne in Ordnung zu bringen, weil es sich nicht nur um die Getreidepreise allein handelt. Diese spielen allerdings beim tschechischen Landwirt die Hauptrolle. Auch die Preise für Vieh, Milch, Butter, Gemüse usw. bedürfen nach agrarischer Auffassung einer Aufrundung nach oben. Wie aber dieses Kunststück fertigbringen? Die Agrarier machen es sich recht bequem. Der tschechisch-agrarische Abgeordnete Beran fordert, daß „kein Kilo Getreide" mehr aus dem Ausland eingeführt werden darf — nachdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften vorher selbst die Einfuhr mit besorgt haben! Andere wieder, so Abg Dr. Hodina, gehen gegen den Börsenhandel los und fordern von der Regierung energisches Einschreiten. Durch die glänzende Weizenernte, die auf 167.000 Waggons gegen 128.000 im Vorjahr geschätzt wird, sei zum erstenmal die Ernährungsautarkie im tschechoslowakischen Staate erreicht und die frühere Einfuhr von 30.000 bis 66.000 Waggons Getreide und Mehl damit hinfällig geworden. Mit zirka 160.000 Waggons Korn halten sich Ernte und Bedarf die Waage.

Die infolge falscher Ernteschätzungen und wohl noch mehr aus — Profitsucht vor der Ernte eingeführten Weizenmengen, wobei man 1500 bis 2000 Kč am Waggon verdiente, drücken nun auf die Preise. Die überschüssigen Mengen sollen nach agrarischem Vorschlag von der Regierung, Händler, Müllern und Genossenschaften angekauft, eingelagert und erst dann veräußert werden, bis die gegenwärtigen Vorräte aufgebraucht sind. Es handelt sich um 15.000 bis 20.000 Waggons Weizen. Das in Amerika gegebene Beispiel, den durch Ueberproduktion verursachten Preisfall durch Ankauf und Einlagerung oder — Vernichtung der nichtabsetzbaren landwirtschaftlichen Produkte (Weizen, Kaffee, Baumwolle etc.) wettzumachen, soll hierzulande im kleineren Maßstabe nachgeahmt werden. Uebrigens ist mit Hopfen schon vor einigen Jahren ein solcher Versuch unternommen worden. Die amerikanischen Staaten haben hiebei ungeheure Geldmittel ver-

loren. In den Vereinigten Staaten mußte man schließlich infolge der Finanzkrise zwangsweise die Anbauflächen verringern, um einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage herbeizuführen. Auch das Hitler-Deutschland, das im heurigen Frühjahr den Agrariern große Summen zuschanzte, mußte kürzlich erklären, daß mit Barsubventionen die Landwirtschaft nicht mehr rechnen könne. Und in der Tschechoslowakei, die so schwer um das finanzielle Gleichgewicht des Staatshaushalts ringt, sollten große Mittel für Stützungsaktionen u. dgl. flüssig gemacht werden können? Jetzt, wo aus Ersparungsgründen gerade die Agrarier auf Kürzung der Arbeitslosenunterstützung gedrängt haben?? Allzuviel dürfen die Agrarier unter diesen Umständen nicht auf die allein seligmachende Staatshilfe rechnen. Mit Rücksicht auf die Exportmöglichkeiten der Industrie und auf die Außenpolitik kann auch unmöglich mit einer restlosen Sperre der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte gerechnet werden.

Wenn die Agrarier — so wie es z. B. die „Deutsche Landpost" tut, die Sozialisten für das agrarische Debakle verantwortlich machen wollen, so muß das aufs schärfste zurückgewiesen werden. Die Sozialisten haben den agrarischen Wünschen bisher in weitem Ausmaße Rechnung getragen. Sie haben den gleitenden Zollsätzen zugestimmt, welche z. B. für Weizen einen Normalpreis von 191 Kč pro Meterzentner vorsahen, sie haben das Getreidesyndikat zugelassen, den Getreideinterventionsfonds pro 60 Millionen Kronen sanktioniert, die Getreidepfandscheine mitbeschlossen, den Aufschub der Exekutionen angeregt und noch manches andere getan, um den guten Willen zu zeigen, der unter der anarchischen kapitalistischen Herrschaft notleidenden Landwirtschaft zu helfen. Dafür sollen die Sozialisten nun den Sündenbock für die Agrarier abgeben?

Unsere parlamentarischen Vertreter haben jederzeit den Agrariern ganz offen erklärt, daß sie zwar den agrarischen Vorschlägen in der Hauptsache beitreten, sie aber lediglich für wenig wirksame Palliativmittel halten. Unsererseits wurde immer wieder betont, solange nicht eine geregelte Planwirtschaft im internationalen Maßstabe betrieben wird und die Kaufkraft der Konsumenten gestärkt werde, seien alle Bemühungen vergebens, angesichts der kontrollosen Produktion dem Landwirte angemessene Verdienste zu gewährleisten.

Gewisse Agrarpolitiker, so Herr Hilmer in Brünn, haben zugegeben, daß die mit Hilfe der Sozialisten beschlossenen Gesetze eine günstige Wirkung für die Landwirtschaft erzielten, eine Art Preisstabilisierung herbeiführten und die Lage der Landwirte erträglicher gestalteten. Es ist natürlich töricht, die Fehler und Mängel der von den Agrariern verteidigten kapitalistischen Wirtschaftsweise ausgerechnet den — Sozialisten aufzubürden. Können denn diese dafür, daß am Balkan und in Ungarn z. B. der Weizenpreis nur 32 bis 50 Kč per Meterzentner beträgt, daß die Weizenanbaufläche in der Tschechoslowakei im heurigen Jahre um 113.000 Hektar vermehrt und der Weizenertrag damit um drei Millionen Meterzentner erhöht wurde, daß die Landwirte gleich nach der Ernte ihre Vorräte auf den Markt werfen und so die Preise drücken helfen? Und kann man die Sozialisten ernstlich dafür verantwortlich machen, daß durch die allgemeine Wirtschaftskrise die Kaufkraft der Konsumenten zum Unheil der Landwirtschaft so gedrückt wurde, daß nicht nur Fleischverbrauch, sondern auch der Brotkonsum sinkt? Weder die Ueberproduktion noch die Unterkonsumtion kann man logischerweise den Sozialisten aufs Konto buchen, wohl aber der kapitalistischen Profitwirtschaft, die von den Agrariern aufs lebhafteste verteidigt wird.

Haben die Herren Beran und Doktor Hodina wirklich noch nichts von den Bemühungen des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt gehört, der alles andere denn Sozialist ist, der aber davon ausgeht, daß durch Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf 36 Stunden pro Woche und Erhöhung der Löhne die Arbeitslosigkeit gebannt und auf die Weise die Kaufkraft von Millionen Menschen gestärkt werden muß??

Im übrigen werden die sinn- und haltlosen agrarischen Anwürfe gegen die Sozialisten mitunter selbst von agrarischer Seite widerlegt. So befinden sich in der „Deutschen Landpost" vom 2. September d. J. im Artikel „Die Getreideschlacht" einige für die Agrarier unangenehme Wahrheiten. Es heißt dort u. a.: „Solange es den Landwirten so schlecht geht wie bisher, ist es zu verstehen, daß sie jeder Gewinstmöglichkeit nachlaufen. Der Bauer gibt sein gelassenes Wesen auf und wird zum Konjunkturlandwirt. Und da sich viele auf dieselbe Sache werfen, weil sie noch einen Reinertrag verspricht, bricht die Sintflut sehr rasch über die Konjunkturlandwirte herein." Damit ist die kapitalistische Produktionsmethode, die nicht des Bedarfes willen, sondern wegen des Profites Waren erzeugt, ganz richtig gekennzeichnet. Daß die Konjunktur für die Landwirtschaft derzeit ebenso schlecht ist wie für die Industrie, dafür können die Sozialisten wahrhaftig am allerwenigsten. Es ist auch recht sonderbar, wenn die Agrarier momentan sich gegen den Zwischenhandel, gegen Bäcker u. dgl. wenden, mit denen sie sonst recht gern zumindestens — politische Geschäfte machen. Sie unterstützen damit jene, welche von einem direkten Warenverkehr zwischen Produzenten und Konsumenten nichts wissen wollen.

Im besagten Artikel heißt es auch: „Der Landwirtschaft ist mit Unterstützung in barem (Subventionen) nicht zu helfen. Es nützt ihr auch nichts, wenn die Zwangsvollstreckungen (Exekutionen) aufgeschoben werden. Was wir brauchen, ist die Wiederherstellung der Rentabilität." Will man damit zugestehen, daß die agrarischen Vorschläge tatsächlich nicht ausreichend waren, um die Landwirtschaft zu retten, so wie es unsere Parlamentarier vorausgesagt hatten? Unter diesen Verhältnissen klingt es recht eigenartig, wenn es zum Schlusse des angezogenen Artikels heißt:

„Die Bauern kann man nicht für Zeit und Ewigkeit zum Narren halten. Der alljährliche Kampf um die Getreidepreise muß aufhören, sonst wird man das Landvolk ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit bald dem Radikalismus zugetrieben haben. Was ein radikalisierter Bauer bedeutet, das werden die am ehesten merken, die heute mit dem noch geduldigen ihr frevles Spiel treiben."

Wir brauchen wohl nicht speziell hervorzuheben, wer die Bauern mit — Illusionen zum Narren hält und sie ungewollt damit dem Radikalismus zutreibt.

Uns liegt es meilenfern, aus der verschlimmerten Lage der Landwirte politisches Kapital schlagen zu wollen. Wenn jedoch die Masse der schwerarbeitenden Landwirte endlich erkennt, daß die bisherigen Methoden, im Rahmen des geschichtlich überlebten Kapitalismus ihnen die Existenzmöglichkeit zu sichern, allesamt zum Scheitern verurteilt sind, so wäre das eine zwar teuer genug erkaufte, aber für die zukünftige Entwicklung der Menschheit sehr wertvolle Erkenntnis. Und wenn dadurch der Weg für die Zusammenarbeit der sozialistischen Arbeiterschaft mit den Bauern freigemacht, wenn eine neue bessere Gesellschaft aufgebaut würde, die allen arbeitenden Menschen Brot und Freiheit brächte, so müßte das von allen freudigst begrüßt werden.

Freilich, die agrarischen Führer wollen das nicht. Ihre Künste sind aber zu Ende. Mit dieser Wahrheit werden sie sich einmal wohl oder übel abfinden müssen . . .

Oesterreich vor der Entscheidung?

Wenn nicht alle Anzeichen der letzten Tage trügen, geht Oesterreich dem entscheidenden Stadium seines Schicksals entgegen. Noch während die österreichische Regierung die Oeffentlichkeit glauben machen will, daß die Schwierigkeiten ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus geringer geworden sind, ereignen sich Dinge, die die wirkliche Hilflosigkeit des Regimes Dollfuß gegen die deutschen Uebergriffe dartun. Trotz dem Schritt der Mächte in Berlin, trotz der Aktion Mussolinis in Berlin, mit bekannter faszistischer Großspurigkeit in Szene gesetzt, läßt sich Hitler keineswegs davon abhalten, die feindselige Haltung gegen Oesterreich aufzugeben oder auch nur die offenen Verletzungen der österreichischen Souveränität zu verhindern. Deutlich zeigt sich aber auch, daß Mussolini, dem die französische Regierung die „Initiative" in der Frage Oesterreichs überlassen hat, gar nicht daran denkt, sich in irgendeinen Konflikt mit Deutschland im Augenblick einzulassen. Herr Mussolini hat dem Auslieferungsbegehren der österreichischen Regierung wegen des aus dem Innsbrucker Gefängnis geflüchteten Nazifunktionärs Hofer nicht nur nicht stattgegeben, sondern dessen Flug zum Nürnberger Parteitag, wo er ein Paradestück der anti-österreichischen Propaganda bildete, ermöglicht. Die Geste des Herrn Dollfuß, den Führern der landesverräterischen österreichischen Legion, die im Lager Lerchfeld zum Kampf gegen ihre Heimat ausgebildet werden, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, ansonsten sich aber damit begnügen zu müssen, daß an den Grenzen fast täglich ein paar junge Burschen wegen des Versuchs, zur Legion nach Bayern zu gelangen, verhaftet werden, kann wohl niemandem, am allerwenigsten Herrn Hitler, imponieren. Es besteht kein Zweifel, daß sich die Lage der Dreivierteldiktatur Dollfuß in den letzten Tagen bedeutend verschlechtert hat. Wie man hört, geht dies zum größten Teil auf die Tatsache zurück, daß innerhalb der Regierung schwere Gegensätze, die seit langem latent waren, zum Ausbruch gelangt sind. Soviel Parteien die Regierung Dollfuß umfaßt, soviel Gegensätze haben sich ergeben. Die Regierung zerfällt heute schon rein äußerlich in zwei Gruppen. Dollfuß und die christlichsoziale Partei haben mit den Heimwehrfaszisten des „Fürsten" Starhemberg die „Vaterländische Front" gebildet, der heute praktisch der ganze Staatsapparat zur Verfügung gestellt ist, während die Bauernpartei, der „Landbund", eine „National-Ständische Front" ins Leben gerufen hat, die unter der Führung des Vizekanzlers Winkler sich die Aufgabe setzte, unter den „Freiheitsfarben Schwarz-Rot-Gold" alle die von den Nationalsozialisten abgesprengten nationalen Elemente zu sammeln. Aber weit entfernt davon, in sich einig zu sein, ist auch die „Vaterländische Front" Dollfuß-Starhemberg. Die Heimwehrfaszisten haben sich mit Haut und Haar Mussolini verkauft und versuchen mit Mussolini im Rücken die Regierung Dollfuß immer schärfer nach rechts zu drängen. Dabei kommt die ganze Zwitterstellung der Regierung zum Ausdruck. Mehr oder weniger versteckt bringt das Organ der Heimwehrfaszisten Tag für Tag Angriffe gegen die Regierung unter der Maske äußerster Ergebenheit gegen Dollfuß. Der Vertrauensmann der Heimwehrfaszisten ist der Sicherheitsminister Major Fey, der praktisch uneingeschränkt über die Polizei, Gendarmerie und die Hilfspolizei verfügt, die ja fast restlos den Beständen der Heimwehr entnommen wurde. Schon rein dadurch entstand ein schwerwiegender Gegensatz zu dem Heeresminister, oder wie er seit dem jüngsten Datum genannt wird, Landesverteidigungsminister Baugoin, dem das Heer unterstellt ist. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Herr Fey der Art der Rekrutierung des sogenannten Militärassistenzkorps, das auch fälschlich als Miliz bezeichnet wird, heftig opponiert hat. Während nämlich das bisherige System der „Hilfspolizei" seiner Verfügungsgewalt Truppen zugeführt hat, die für ihn absolut verläßlich waren, bringt die Ausstellung von Heeresteilen mit sechsmonatlicher Dienstzeit dem Heeresminister, der auch gleichzeitig der Vorsitzende der Christlichsozialen Partei ist, bedeutenden Machtzuwachs. Starhemberg, der Chef der Heimwehren, ist auch richtig kurz nach dem Besuch Dollfuß' bei Mussolini nach Italien gefahren. Mussolini spielt ja heute bereits die Rolle eines „Lehensfürsten" von Oesterreich, den seine Vasallen bei ihren Streitigkeiten als Schiedsrichter anrufen. Starhemberg trat, obwohl ihm dazu jede Legitimation fehlt, in Italien als offizielle Persönlichkeit, als eine Art ungekrönter König auf und hielt Reden und erließ Kundgebungen, die im Hinblick auf die inneren Gegensätze eine deutliche Spitze gegen die gegenwärtige Regierungsform tragen. Es ist dem Herrn Starhemberg noch nicht genug Faszismus von der Art des italienischen in Oesterreich, und er telegraphierte beim Verlassen Italiens an Mussolini, wie sein Organ, das „Oesterreichische Morgenblatt", berichtet:

„Die Grenzen meiner Heimat überschreite ich, beseelt von dem heißen Wunsch, daß sich auch in einem unabhängigen Oesterreich die Grundgedanken des Systems Eurer Exzellenz bald und

3

Tunesien im Fieber

Von **Walter Kolarz**

So gab er denn dem Drängen des Residenten nach und 14 Tage nach der Veröffentlichung des neuen Programmes der liberalen Partei erfolgte die Unterzeichnung von Dekreten, die das Ende des bißchen Freiheit bedeuteten, das der absolutistische Staat seinen Untertanen einräumte. Schon lange Zeit hindurch war der arabischen oppositionellen Presse der Lebensfaden abgeschnitten worden und wenn die Tunesier ein freies Wort äußern wollten, so mußten sie das in französischer Sprache tun, da Druckwerke in europäischen Sprachen nicht den in Tunesien herrschenden Maulkorbgesetzen unterstehen. Bis Ende Mai gab es drei Zeitungen dieser Art. Um sie zu verbieten, mußte man zuerst den Begriff der „arabischen Zeitung in französischer Sprache" schaffen. Dies geschah am 31. Mai mit der Kundmachung des Persekutionsdekretes und noch am gleichen Tage wurden alle drei Zeitungen verboten und ebenso die Destourpartei selbst. Redaktionen und Parteihaus wurden versiegelt. Da ganz Tunis von Militär — Spahis, afrikanischen Jägern, Senegalesen und auch von französischen Soldaten — überschwemmt ist, war Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten geblieben. Doch die tunesische Bevölkerung protestierte auf eine viel würdigere Weise, ohne sich nutzlos den Bajonetten auszuliefern. Wie auf einen Schlag hatten den nächsten Tag alle Geschäftsleute der Araberstadt ihre Läden geschlossen und auch die großen Märkte Bab Suika und Halfa ouin, die Zentren des Straßenhandels, waren ausgestorben. Wenige Tage später traten die Tunesier in die Fußtapfen Ghandis und begannen den Boykott der französischen Tabakregie, der Tramway und der europäischen Kaffeehäuser. Nach 14 Tagen wurde der Boykott eingestellt, denn der Zweck war erreicht, die französische Oeffentlichkeit war auf Tunis aufmerksam gemacht und es blieb keine große Pariser Zeitung, die nicht ihren Sonderberichterstatter in die afrikanische Junihitze hinabgeschickt hätte. Zwei Abgeordnete folgten dem Rufe der Tunesier, kamen, sahen und versprachen, das Außenministerium zu interpellieren. Die beiden Abgeordneten waren der aus der radikalsozialistischen Partei ausgetretene Advokat Bergery und Genosse Monnet.

Der Bey von Tunis — im Grunde bloß der korrupte Strohmann der kolonialen Bourgeoisie — hat natürlich nur noch weiteren Haß geerntet. Das wurde ganz deutlich, als der Bey aus Anlaß der Mouled der mohammedanischen Weihnachten, wie alle Jahre, seine Residenzstadt Marsa verließ, um sich in Tunis dem Volke zu zeigen. Diesmal ging der Aufenthalt des Bey in Tunis, wie sich der Schreiber dieser Zeilen persönlich überzeugen konnte, ohne jede Teilnahme der Bevölkerung vor sich. Die Läden, die man bei dieser Gelegenheit stets offen hielt und beleuchtete, um den Bey gleichsam zum Besuche einzuladen, waren geschlossen. Als der Bey mit Soldaten, Musik und Gefolge am größten arabischen Kaffeehaus von Tunis vorbeikam, blieben die Leute teilnahmslos sitzen und nur einige Gassenjungen drängten sich an den Zug heran und riefen: „Es lebe der Bey!", allerdings auch nur deshalb, weil ihnen ein Höfling Geldstücke zuwarf.

Nicht nur in politischer Hinsicht, auch was die Religion anbelangt stellt der Bey sein Volk nicht zufrieden. Die Mohammedaner Tunesiens meinen, daß die sogenannten naturalisierten Araber mit dem Erwerb des französischen Bürgerrechtes, um das sie ansuchen um in Armee und Verwaltung Karriere zu machen, zwangsläufig auch die Religion verlieren müssen. Deshalb will man sie von allen rituellen Handlungen ausschließen und ihnen insbesondere auch das Begräbnis auf den mohammedanischen Friedhöfen verweigern. Auf den ersten Blick mag das als bloßer religiöser Fanatismus erscheinen, doch hinter diesem ist eine politische Strafmaßnahme gegen Verräter am Volke und an der Unabhängigkeitsbewegung verborgen. Jedesmal also, wenn ein naturalisierter Araber stirbt, wird das ganze Problem immer wieder von neuem aufgerollt, was meist mit schweren Kämpfen verbunden ist. Das letzte Mal erst Anfang Mai, als Frau Keibali, die Gattin des Hauptpropagandisten der Naturalisierung, zu Grabe getragen wurde. Nur durch die vollständige militärische Besetzung des Friedhofes wurde schließlich die Beisetzung ermöglicht. Vergebens verlangten einsichtige Leute die Errichtung von besonderen Friedhöfen für Naturalisierte, die Regierung blieb unnachgiebig und der Bey, der berufene Beschützer der religiösen Interessen seines Volkes, blieb stumm.

Ein Volk empört sich gegen Unrecht und Unterdrückung und obzwar verfolgt und geächtet von den Agenten des Imperialismus, findet es seinen Bundesgenossen im internationalen Sozialismus und seiner tunesischen Sektion.

III. Sozialismus in Tunesien.

Die Arbeiter eines Landes wissen wenig von ihren Brüdern in den andern Ländern, sie wissen um so weniger von denen in andern Erdteilen. So sind wir erstaunt, wenn wir in Nordafrika von den Gestaden des atlantischen Ozeans bis an die Grenze Tripolitaniens eine beachtenswerte Arbeiterbewegung finden, sozialistische Wochenblätter in Marokko und Algerien und eine Tageszeitung in Tunis, sozialistische Jugendorganisationen und Gewerkschaften, ja selbst nordafrikanische Sozialistenkongresse.

Allen voran schreitet die sozialistische Föderation Tunesiens, die der sozialistischen Partei Frankreichs angeschlossen ist. Sie wurde im Jahre 1906 gegründet, verschwand aber während des Krieges. Die gleich nach dem Kriege neu entstandene sozialistische Bewegung mit ihrer Zeitung „L'avenir social" ging bald zu den Kommunisten über. Erst mit dem Jahre 1923 begann von neuem die Existenz einer sozialistischen Partei, die sich zum größten Teil aus europäischen Arbeitern und Intellektuellen zusammensetzte, aber auch zahlreiche Araber zu ihren Mitgliedern zählte. Die neue Organisation hat sich gut entwickelt und nach der Auflösung des Destour ist die sozialistische Partei in Tunis die einzige, die einen festen Apparat besitzt, denn die französischen Beamten und Kolonisten bilden nur einen wilden Interessentenhaufen, der sich „Block der französischen Vorherrschaft" nennt. Würde durch Wahlen die Stimmung auch nur der europäischen Bevölkerung unverfälscht zum Ausdruck kommen, sofort würde sich der große Einfluß der sozialistischen Partei zeigen. Aber Gemeindewahlen gibt es nicht und hinter der dekorativen Figur des „Scheich el Medina" (Oberhaupt der Araberstadt) steht der allmächtige Vizepräsident der Munizipalität. Was Tunesiens Parlament betrifft, von dessen arabischer Sektion wir bereits sprachen, so werden für die französische Sektion 22 Mitglieder ernannt und 30 gewählt — aber fragt nur nicht wie. Die Stadt Tunis wählt bei 6000 Wählern fünf Mitglieder des sogenannten Großen Rates, darunter drei Sozialisten, und das kleine Landstädtchen Granbalsa, bewohnt von angesiedelten Großagrariern, wählt bei 300 Wählern drei Abgeordnete. Das will besagen, daß der Arbeiter im konkreten Falle eine Stimme, der Grundbesitzer zwölf Stimmen hat.

(Fortsetzung folgt.)

Regierungsrücktritt in Spanien.

Ministerpräsident Azana, der mit seinem ganzen Kabinett zurückgetreten ist.

vollkommen durchsetzen mögen. Dies, allen Schwierigkeiten zum Trotz, zu erkämpfen, ist mein fester Wille."

Welche Schwierigkeiten meint hier Herr Starhemberg? Nicht umsonst bringen christlichsoziale Zeitungen diese Aeußerung Starhembergs mit besonderer Deutlichkeit. Die Schwierigkeiten scheinen in der Regierung zu liegen. Die christlichsoziale Partei, so sehr sie sich auch auf Italien festgelegt hat, weiß recht genau, daß wirkliche Hilfe kaum von Mussolini kommen kann, der selbst gerade genug in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt. Die letzte Rede Paul-Boncours dürfte auch einiges dazu beigetragen haben, daß ein wenig größere Vorsicht beobachtet wird, als es bisher geschehen ist, um nicht Frankreich und England allzu früh zu alarmieren. Unbedingte Ergebenheit aber gegen Mussolini ist die eine notwendige Seite der Heimwehrpolitik, da ja Herr Starhemberg materiell und ideell nur von der Gnade Mussolinis lebt, aber andererseits auch unbedingter und verschärfter Kampf gegen die Nazi, denn bei einer Gleichschaltung Oesterreichs haben natürlich die Heimwehrfascisten bestenfalls Konzentrationslager zu erwarten. Die Heimwehren versuchen seit einigen Tagen innerhalb der Regierung einen schärferen Kurs gegen die Nationalsozialisten durchzusetzen, dem aber ein zäher Widerstand entgegengesetzt wird. Die Heimwehrzeitung „Oesterreichisches Morgenblatt" kündigte zum Beispiel die Ministerratssitzung vom 1. September als „sensationell" an und erzählte, daß ein Gesetzentwurf zur Schaffung von Konzentrationslagern für die Nationalsozialisten beschlossen werden soll. Tatsächlich ist das noch nicht geschehen. Den schärfsten Widerstand setzt einem solchen Plan, der natürlich die letzten Brücken der Versöhnung zu Deutschland abbrechen würde — und das will ja Fey und Starhemberg — der „Landbund" entgegen, dem daran gelegen ist, bei einer Gleichschaltung Oesterreichs nicht das Schicksal der Heimwehren zu erleiden und sich durch seine ganze Politik überall Hintertüren offen halten will, zu den Christlichsozialen und zu den Nationalsozialisten.

Aber auch die christlichsoziale Partei zieht aus der gegenwärtigen, äußerst schwierigen Situation die Konsequenz bei gleichzeitiger Verschärfung des Kurses gegen die Sozialdemokratie feine Fäden nach Deutschland zu spinnen. Schon hat sich eine neue getarnte Nazipartei in Oesterreich aufgetan, die unter der Führung eines von den Nazi „ausgeschlossenen" Mannes steht, schon hat diese Richtung auch eine Zeitung, die den Namen „Ostmark" trägt, und unter Duldung, ja mit offenem Beifall der Regierungszeitung „Reichspost", die Versöhnung mit Deutschland propagiert und, obwohl Hitler seinen österreichischen Anhängern den Kauf dieser Zeitung verboten hat, ist es doch ganz klar, daß hier eine Plattform künftiger Friedensverhandlungen geschaffen wird.

Man sieht, die Lage der aus drei widerstrebenden Elementen bestehenden Regierung Dollfuß ist derart unklar, daß sich schon dadurch die Notwendigkeit einer Wendung ergibt. Und es gibt in den letzten Tagen genügend Anzeichen, daß auf eine „Sicherheitsdiktatur" des Ministers Fey der Starhembergfascisten mit aller Intensität hingearbeitet wird. Damit wäre Oesterreich restlos italienische Kolonie geworden, es wäre das Ende der Unabhängigkeit, und darauf muß mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden, es wäre auch das Ende jeder legalen Arbeiterbewegung in Oesterreich. Schon seit Tagen sind Truppenverschiebungen von Verona an die italienische Grenze privat gemeldet worden. Nunmehr bringt der „Matin" ein Dementi aus Rom, das in Wirklichkeit eine Bestätigung ist, denn es geht aus der amtlichen Mitteilung hervor, daß die Stadt Bozen, die zwei Stunden von der österreichischen Grenze entfernt ist, zum Standort eines Armeekorps bestimmt wurde. Und das Blatt knüpft daran die sensationelle Bemerkung, daß Italien entschlossen sei, „Unruhen zu unterdrücken, falls sich daraus für die gegenwärtige Regierung Schwierigkeiten ergeben könnten." Trotzdem also die Freiheit Oesterreichs seit den Märztagen noch niemals so unmittelbar vom Untergang bedroht war, trotzdem findet die christlichsoziale Partei noch immer nicht den Weg zur Demokratie und zur Arbeiterschaft zurück, trotzdem glauben sie in der Konkurrenz des „Antimarxismus" noch mittun zu können und verschärfen den Kurs gegen links und gegen die eigene Hauptstadt Wien, trotzdem mißachten sie die Mahnung von 1,300,000 Oesterreichern, die ihre Unterschrift unter eine Volksadresse an den Präsidenten der Republik gesetzt haben, zur Rückkehr zur Demokratie. Es wird die Herren noch bitter gereuen.

Die Junta soll abtreten

Cespedes kehrt zurück?

Washington, 9. September. Präsident Roosevelt hat seinen Weekend-Ausflug, den er an Bord einer Jacht unternehmen wollte, plötzlich abgesagt, um die Entwicklung der Lage auf Kuba zu beobachten, die weiterhin für kritisch angesehen wird.

Die Marineleitung der Vereinigten Staaten hat das Kriegsschiff „Mississippi" angewiesen, unverzüglich die Bai von Havanna anzulaufen. Auch ein Zerstörer soll sofort nach der kubanischen Zone abgehen.

Der amerikanische Vizekonsul in Antilla berichtet, daß sich dort die aufständischen Arbeiter zweier amerikanischer Raffinerien bemächtigt haben und daß sie Geschäfte aller Art plündern.

Der amerikanische Botschafter Welles erklärte, in Washington denke man nicht daran, die jetzige Regierung in Kuba anzuerkennen.

Wie Associated Preß aus Havanna meldet, wurden heute nachmittag auf dem Dach des Präsidentenpalais Maschinengewehre in Bereitschaft gebracht, nachdem etwa 300 Armeeoffiziere die Wiederaufnahme des Dienstes an die Bedingung geknüpft hatten, daß die radikale Junta zurücktreten solle und Cespedes als provisorischer Präsident wieder eingesetzt werde.

Die Offiziere, etwa 300 an der Zahl, waren ursprünglich in einem von Soldaten bewachten Hotel interniert; heute verließen sie jedoch das Gebäude, ohne daß es zum Blutvergießen gekommen wäre. Sie erklärten, ihren Dienst nur unter der Bedingung wieder aufnehmen zu wollen, daß Cespedes die Führung einer Konzentrationsregierung übernimmt.

Der gewesene Kriegsminister im Kabinett Cespedes, Ferrer, hat die Junta in aller Form ersucht, Cespedes wieder als Präsidenten einzusetzen, um den Wünschen der Offiziere zu entsprechen.

Nach einer späteren Meldung hat die revolutionäre Junta beschlossen, das Amt des Staatspräsidenten einer von ihr gewählten Persönlichkeit anzuvertrauen.

Vor dem polnischen Standgericht

Acht Kommunisten — lebenslänglich. — Grauenhafte Polizeimethoden. — Das russische Doppelspiel

Warschau, 8. September. (Eigenbericht.) Neun Todesurteile forderte der Staatsanwalt vor dem Standgericht der ostpolnischen Stadt Kobryn gegen acht weißrussische Bauern und ein junges Mädchen, die sich als Mitglieder der illegalen kommunistischen Partei an Unruhen im polnischen Grenzgebiet beteiligt hatten. Der Prozeß erregt in der polnischen Oeffentlichkeit größtes Aufsehen. Denn zum ersten Male war wegen kommunistischer Betätigung Anklage vor einem jener Standgerichte erhoben worden, die im vorigen Jahr in Polen eingeführt wurden und bisher nur Fälle von Militärspionage abgeurteilt hatten. Berufung gegen die Urteile dieser Gerichte ist nicht zulässig, und ihre Strafen sind besonders hart. Der Staatsanwalt hatte, um diesen Fall vor das Standgericht zu bringen, Anklage wegen versuchter Losreißung eines Teiles des Staatsgebietes erhoben und suchte nachzuweisen, daß dieses Ziel dem Programm der weißrussischen Kommunisten entspräche. Gegen diese Konstruktion, die in Zukunft alle Kommunisten-Prozesse den ordentlichen Gerichten entziehen kann, protestierte die sozialistische Presse unter Führung des Warschauer „Robotnik". Eine ganze Anzahl von führenden bürgerlichen Intellektuellen, Dichter, Gelehrte und Frauenorganisationen schlossen sich ihrem Protest an. Das Gericht erklärte sich aber für zuständig.

Im Laufe der Verhandlung ergaben sich

erschütternde Bilder aus der polnischen Polizeipraxis,

die teilweise geradezu an die Methoden des zaristischen Rußland oder des heutigen Deutschland erinnern: Einzelne der Angeklagten berichteten, sie seien zu Geständnissen gezwungen worden, indem man ihnen literweise Wasser mit Benzin in die Nase goß und sie dann noch prügelte. Wenigstens für die weibliche Angeklagte konnte der Schuldbeweis des Staatsanwalts soweit erschüttert werden, daß das Standgericht ihren Fall zuletzt abtrennte und an das ordentliche Gericht überwies. Ihre acht Mitangeklagten wurden heute sämtlich zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Es ist bezeichnend, daß gerade im Augenblick einer außenpolitischen Annäherung zwischen der polnischen Pilsudski-Regierung und der Sowjetunion die Bekämpfung der kommunistischen Bewegung in Polen noch verschärft wird. Während die Abwehrbewegung gegen die Standgerichts-Justiz von den polnischen Sozialisten geführt wird, hat die Sowjetpresse, deren Vertreter in Polen zugelassen sind, nicht einmal einen Berichterstatter zu diesem Prozeß entsandt. Der Verbrüderung Radeks mit den Pilsudski-Offizieren hat also die Moskauer Politik die Preisgabe der eigenen Gesinnungsgenossen in Polen sofort folgen lassen.

Baugenossenschaften und Wirtschaftskrise.

Eine wichtige Konferenz in Prag.

Die Wohnungsnot am Ende des furchtbaren Weltkrieges, die sich noch in den ersten Nachkriegsjahre steigerte, hat in einem noch nie vorher dagewesenen Umfange dem genossenschaftlichen Selbsthilfegedanken auch zur Befriedigung des Wohnungsbedarfes zum Durchbruch verholfen. Das Baugenossenschaftswesen erlebte einen mächtigen Aufschwung. Zehntausende Familien wohnen heute in genossenschaftlich erbauten Wohnungen und wissen die Vorteile des gemeinsam geschaffenen Werkes, dessen Miteigentümer sie sind, einzuschätzen.

Die allgemeine Wirtschaftskrise hat aber auf dem Wohnungsmarkte zu eigenartigen Situationen geführt. Das sinkende Lohneinkommen und vor allem die Arbeitslosigkeit veranlaßte notgedrungen zum Wohnungswechsel von der Stadt aufs Land oder von größeren in kleine Wohnungen, die vielfach den primitivsten Anforderungen widersprechen.

Der Zentralverband deutscher Baugenossenschaften hatte in richtiger Erkenntnis der Sachlage eine Konferenz der deutschen Baugenossenschaften einberufen, die gestern in Prag in Anwesenheit zahlreicher Delegierter und Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge, der Abgeordnetenklubs der deutschen sozialdemokratischen Partei, der deutschdemokratischen Freiheitspartei und des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften stattfand. Der Hauptreferent Hanl (Jägerndorf) beleuchtete schlaglichtartig die gegenwärtige Situation und beantragte die Bildung eines Komitees, das die schwierige Aufgabe zu übernehmen hätte, geeignete Mittel und Wege zu suchen, um zu verhindern, daß die segensreiche Tätigkeit der Baugenossenschaften durch die Wirtschaftskrise gehemmt oder gar zum Stillstand gebracht wird. Das Referat begegnete, wie die Beteiligung an der tiefschürfenden sachlichen Debatte bewies, lebhaftem Interesse und der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

Sektionschef Dr. Kubišta verdolmetschte die Auffassung des Ministeriums für soziale Fürsorge zu den gestellten Problemen; es wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß das Ministerium sich bereit erklärt, so wie bisher die Interessen der Baugenossenschaften wärmstens zu unterstützen.

Namens der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüßte Abg. Dietl die von hohem Ernste getragenen Beratungen der Baugenossenschaften und versicherte die Anwesenden der tatkräftigsten Unterstützung der Bestrebungen des zu bildenden Komitees.

Die Bildung eines Komitees, das über Anregung des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften aus Vertretern der in Betracht kommenden Genossenschaftsverbände zusammengesetzt sein soll, wurde beschlossen und nach kurzen Schlußworten des Vorsitzenden die Tagung beendet. L. Th.

Gesperrte Straßen.

Deutsche Grenzstellen verhindern Ausflugsverkehr.

Prag, 9. September. (CPB.) Die reichsdeutschen Blätter drucken in ihrer letzten Nummer ihnen durch den reichsdeutschen nationalsozialistischen Pressedienst zugekommene Nachrichten ab, in denen sie die reichsdeutschen Staatsangehörigen vor Reisen nach der Tschechoslowakischen Republik warnen, da die Reichsdeutschen von den tschechoslowakischen Grenzorganen angeblich verhaftet, einem strengen Verhör unterzogen und in der Regel eingekerkert werden. Nach Berichten der Grenzorgane stehen jeden Sonn- und Feiertag an den Uebergängen der reichsdeutschen Grenze Beamte der reichsdeutschen Finanzwache und uniformierte SA-Mitglieder und schicken ihre Staatsangehörigen zurück, die einen Ausflug auf tschechoslowakisches Gebiet unternehmen wollen. Auch verbreiten sie unter den Touristen das Gerücht, daß, so bald ein reichsdeutscher Staatsangehöriger, wenn auch mit gültigen Ausweisen die Grenze überschreitet, von den tschechoslowakischen Grenzorganen verhaftet, mißhandelt und bis zu sechsmonatigem Kerker verurteilt wird.

Es braucht nicht hinzugefügt zu werden, daß alle diese Nachrichten unwahr sind, da an den tschechoslowakischen Grenzen keine Maßnahmen gegen reichsdeutsche Touristen und Bürger überhaupt getroffen werden, die die Grenze nach der Tschechoslowakei überschreiten wollen, wenn die Reisenden mit ordnungsgemäßen Dokumenten versehen sind, und auch auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik nicht belästigt werden, wenn sie sich anständig verhalten und durch ihr Verhalten nicht Anlaß zu amtlichem Einschreiten geben.

Die Präsidien der beiden Kammern halten Donnerstag, den 14. September, um halb 11 Uhr vormittags im Senatsgebäude eine Sitzung ab.

Das Septemberheft der

„Tribüne"

ist soeben erschienen und enthält folgende Beiträge:

Josef Hofbauer: „Die Internationale hat gesprochen."

Kurt Fall: „Wir brauchen ein politisches Willenszentrum."

Emil Franzel: „Kleinberg, Rosenstock und der Marxismus."

—gb—: „Wirtschaftliche Konjunktur im ersten Halbjahr 1933 in Zahlen."

Emil Strauß: „Die sozialistische Idee über alles!"

Bemerkungen. — Bücherschau.

Bestellungen sind zu richten an die Vertrauensleute, Parteisekretäre, Schriftenabteilungen und Volksbuchhandlungen oder direkt an die

Verwaltung der „Tribüne", Prag II., Nekazanka 18.

Spanisches Konzentrationskabinett ohne Sozialisten?

Madrid, 9. September. Die Regierungskrise nimmt einen normalen Verlauf. Der Präsident der Republik Alcara Zamora pflegte den ganzen Tag hindurch Beratungen mit den Repräsentanten verschiedener politischer Parteien und Gruppen von der Linken bis zur Rechten. Man nimmt an, daß die Möglichkeit der Bildung eines Kabinetts der Konzentration der republikanischen Parteien, jedoch ohne Sozialisten, gesucht wird. In diesem Falle würde die radikale Partei Lerroux's, die bekanntlich in Opposition stand und den Fall Azanas herbeiführte, in die Regierung eintreten. Es wird sogar angedeutet, daß der Präsident der Republik Lerroux selbst mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen gedenkt. Bis in die Abendstunden hat der Präsident jedoch noch keine Entscheidung getroffen.

Madrid, 9. September. (Havas.) Der gewesene Minister Lerroux hat die Kabinettsbildung übernommen.

Revision gegen neun Todesurteile

Düsseldorf, 9. September. Neun vom Schwurgericht zum Tode verurteilte Kommunisten haben Revision beim Reichsgericht angemeldet. Ebenso hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Montag:

Prag: 10.10 Konzert, 12.05 Schallplatten, 12.35 Konzert, 14.50 Konzert, 17.45 Schallplatten, 18.30 Deutsche Sendung, 19.50 Klavierkonzert, 21.15 Konzert, 22.15 Deutsche Nachrichten. **Brünn:** 10.10 Konzert, 12.35 Konzert, 18.05 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung, 19.50 Klavierkonzert, 21.15 Konzert. **Preßburg:** 10.10 Konzert, 12.35 Mittagskonzert, 18.10 Konzert des Preßburger Trios, 21.15 Konzert. **Mähr.-Ostrau:** 11.00 Schallplatten, 14.50 Konzert, 18.30 Deutsche Sendung, 19.50 Klavierkonzert. **Wien:** 12.30 Mittagskonzert, 15.35 Jugendstunde, 16.00 Schallplatten, 18.15 Konzert, 19.10 Schallplatten, 20.00 Konzert des Wiener Staatsopernchors, 22.25 Abendkonzert. **Frankfurt** a. M.: 13.30 Mittagskonzert, 20.30 Klavierkonzert. **Bari:** 20.45 „Turandot", Oper von Puccini. **Heilsberg:** 13.05 Mittagskonzert. **Agram:** 12.30 Walzer, 13.02 Schlager, 20.30 Konzert, 22.30 Balalaikakonzert. **Breslau:** 14.05 Beethoven-Sonaten, 15.00 Unterhaltungskonzert. **Paris:** 12.10 Schallplatten, 12.30 Orchesterkonzert, 19.30 Jazzmusik, 20.00 Orchesterkonzert. **Mailand:** 11.15 Konzert, 17.00 Buntes Konzert, 22.15 Mandolinenkonzert. **Bukarest:** 16.00 Konzert, 20.15 Heiteres Konzert. **Stockholm:** 17.05 Ziehharmonika, 17.30 Orchester. **Rom:** 20.30 „Sakuntala", Oper von Alfano. **Budapest:** 12.05 Radiokonzert, 18.30 Arbeiterfunk, 20.30 Konzert, 23.20 Jazzmusik. **Warschau:** 16.00 Solistenkonzert, 18.35 Konzert. **Moskau:** 10.15 Konzert, 19.30 Deutsche Arbeiterkapelle, 17.25 aus „Faust".

Dienstag:

Prag: 10.10 Deutscher Schulfunk, 10.45 Schallplatten, 12.35 Konzert, 14.50 Konzert, 17.45 Schallplatten, 18.15 Arbeitersendung, 18.25 Deutsche Sendung, 19.25 Konzert, 20.20 Hörspiel, 21.00 Orchesterkonzert. **Brünn:** 11.05 Vormittagskonzert, 12.35 Konzert, 18.15 Arbeitersendung, 18.25 Deutsche Sendung, 19.25 Bauernblaskapelle, 20.20 Balalaikakonzert, 21.00 Konzert. **Preßburg:** 11.05 Schallplatten, 12.35 Konzert, 19.25 Konzert. **Mähr.-Ostrau:** 12.35 Blasmusik, 14.50 Nachmittagskonzert, 18.15 Arbeitersendung, 19.25 Konzert der Blaskapelle, 21.00 Konzert. **Wien:** 10.30 Orgelkonzert 12.05 Orchesterkonzert, 15.10 Schallplattenkonzert, 19.05 Unterhaltungskonzert, 23.00 Abendkonzert. **Bari:** 13.10 Heitere Musik, 20.30 Konzert. **Heilsberg:** 16.00 Unterhaltungskonzert, 21.05 Abendkonzert. **Agram:** Bosnische Liebeslieder, 13.02 Charakterstücke, 20.30 Konzert. **Breslau:** 14.30 Schallplatten, 16.00 Unterhaltungskonzert. **Leipzig:** 15.00 Aus Verdis Opern, 16.00 Konzert. **Bukarest:** 19.20 Konzert. **Belgrad:** 11.00 Orchesterkonzert, 18.00 Zigeunermusik, 22.45 Schallplatten. **Langenberg:** 13.30 Mittagskonzert. **Budapest:** 12.05 Konzert, 13.30 Zigeunerkapelle, 17.30 Konzert, 21.50 Opernorchester. **Moskau:** 6.15 Konzert, 9.00 Konzert, 20.00 Konzert, 21.00 (deutsch) Der internationale Jugendtag), 23.05 (deutsch) Eine deutsche Arbeiterin erzählt von ihrem Leben.

Oesterreich verstärkt seinen Grenzschutz gegen Deutschland.

Eine größere Abteilung des neuen Grenzschutzes wird von Wien nach der Grenze verladen.

Tagesneuigkeiten

Die DNSAP zum Falle Lessing.

Anläßlich der wüsten Hetze, welche die jüdische und marxistische Presse wegen der Ermordung des Emigranten Lazarus-Lessing gegen die sudetendeutsche Autonomiebewegung entfaltet, sieht sich die Irre-Führung der DNSAP zu nachstehender Erklärung veranlaßt:

Wir erklären ein- für allemal, daß unsere Partei zur Bluttat von Marienbad, die nur eine Folge des unverschämten Treibens der aus Deutschland vor der gerechten Sühne für ihre Verbrechen geflüchteten Untermenschen ist, in keiner wie immer gearteten Beziehung steht. Die Behauptung einiger nicht gleichgeschalteter Blätter, daß der Mörder Eckert Nationalsozialist sei, entbehrt jeder Grundlage. Eckert war, wie die „Bohemia" meldet, Sozialdemokrat, und, wie das „Gablonzer Tagblatt" erfährt, Mitglied des sozialdemokratischen Arbeiterturn- und Sportverbandes. Nach den Mitteilungen unserer reichsdeutschen Bruderpartei, Gauleitung Sachsen, wohin sich Eckert gewendet hat, gehörte der Genannte überdies den sozialdemokratischen Kinderfreunden an. Der mitteldeutsche Rundfunk konnte ferner berichten, daß Eckert noch am Mordtage mit einem Rauchfangkehrer gesehen wurde, der nachgewiesenermaßen noch vor fünf Jahren sozialdemokratisch gewählt hat. Richtig ist, daß Eckert beim unpolitischen Verein „Gewerkschaftsverband deutscher Arbeiter" angemeldet war, doch wurde er dort vom Vorsitzenden, Pg. Kasper, sofort ausgeschlossen und zwar rückwirkend mit 1. Jänner l. J., so daß er am Tage der Tat tatsächlich nicht mehr Mitglied dieser Organisation war.

Ebenso verhält es sich mit dem verdächtigen Dobner aus Tachau. Nach unseren Erkundigungen, die wir bei der „Sudetendeutschen Tageszeitung" einholten, war Dobner nie Mitglied unserer Partei, was schon dadurch bewiesen ist, daß sein Mitgliedsbuch nirgends aufgefunden werden konnte. Im Mitglieder-Zentralkataster ist Dobner bereits im Jahre 1928 gestrichen worden. Auch die übrigen Nationalsozialisten, die im Zuge der in einer ganz falschen Richtung geführten Untersuchung verhaftet wurden, sind durchwegs schon viele Monate vorher wegen unkorrekten und parteischädigenden Verhaltens aus der Bewegung entfernt worden.

Nach unseren Recherchen ist der Mord an Lessing eine typische Provokationstat der Sozialdemokraten, die die Tat benötigten, um einen Vorwand zur Verfolgung unseres Führers Pg. Jung zu bekommen. Diesem schändlichen Versuch muß durch die endliche Schaffung der von uns angeregten sudetendeutschen Einheitsfront mit aller notwendigen Schärfe begegnet werden. Es geht nicht an, daß wegen eines schäbigen Saujuden, den das Schicksal bedauerlicherweise nicht schon in Deutschland ereilte, unsere herrliche Bewegung verboten und unser Führer eingesperrt wird. Wir haben die politischen Morde an unseren Gegnern, so wünschenswert sie erscheinen, immer verurteilt, wenn es herauskam, weshalb wir auch in diesem Falle jede Verantwortung ablehnen müssen.

Heil Hitler! Juda verrecke! Sudetendeutschland erwache!

Für die Partei-Irreführung:
Der O- und Einsafer:
Killefest, m. p.

Demos.

Wo war die Branská

In den letzten 60 Minuten vor dem Mord?

Bis zum gestrigen Vormittag hatten die polizeilichen Erhebungen einen weiteren wichtigen Fortschritt zu verzeichnen. Nahezu sicher ist es nun, daß die Branská zwischen 12 und 1 Uhr in der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag ermordet wurde. Zu diesem Schlusse gelangte die Polizei auf Grund des Obduktionsbefundes, wonach die Branská ungefähr eine Stunde vor dem Tode einen Apfel gegessen hat, dessen Reste im Magen der Leiche gefunden wurden.

Vorgestern abends begannen daher die Prager Detektive systematisch in allen Lokalen zwischen dem Karlsplatz und dem Wenzelsplatz — also in dem Stadtteil, den die Branská nach dem Abschied von dem Rottmeister passieren mußte — nachzuforschen, wo in den Nachtstunden Obst verkauft wird und in welchem dieser Lokale die Branská den Apfel gekauft hat. Diese Suche hatte Erfolg. In einem Kabarett in der Křemencová, in dem sogenannten „politischen Leichnam" erinnerte man sich tatsächlich, daß die Branská in der betreffenden Nacht gegen Mitternacht in das Lokal kam und dort bis nach 12 Uhr blieb. Es begleitete sie ein gewisser Ch., der als Zuhälter bekannt ist. Die Branská scheint dem Rottmeister also nicht die Wahrheit gesagt zu haben, als sie ihm erzählte, daß sie eine Verabredung im Café Rokoko auf dem Wenzelsplatz hätte. Diese falsche Angabe hat die Polizei eine zeitlang irregeleitet.

Ch., der verhaftet wurde, versuchte anfangs zu leugnen, daß er in jener Nacht mit der Branská gesprochen hat. Er gab dies erst unter dem Druck der Zeugenaussagen des Gasthauspersonals zu, will aber nicht sagen, wohin das Mädchen aus dem „politischen Leichnam" ging.

Auf diese 60 Minuten zwischen Mitternacht und 1 Uhr konzentrieren sich jetzt alle Bemühungen der Polizei. Der Mord wurde wahrscheinlich im Zentrum der Stadt verübt, weil der Mörder im Laufe einer Stunde sein Opfer nicht allzuweit gelockt haben kann. Allerdings muß man auch damit rechnen, daß der Täter ein Auto zur Verfügung hatte. Augenblicklich sucht die Polizei einen Kellner, der auffallend viel Goldzähne hat und zu den Bekannten der Branská gehört. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, daß diese tatsächlich eine Verabredung mit einem Kellner hatte, allerdings nicht im Café Rokoko, welches in der kritischen Zeit schon geschlossen war, sondern in einem anderen Lokal.

Gattenmord in Karlsbad?

Mysteriöser Tod einer Fabrikantensgattin.

Freitag wurde die Karlsbader Polizei in die Wohnung des Oblatenfabrikanten Pötzl gerufen, wo sie die 29jährige Frau Pötzls erschossen auffand. Eine Schrotladung aus einem Jagdgewehr war ihr ins Herz gedrungen. Da Pötzl nicht erklären konnte, wie sich das Unglück ereignet haben könnte, und verschiedene Umstände einen Selbstmord unwahrscheinlich machen, wurde der Fabrikant verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß der Schuß aus nächster Nähe abgegeben wurde, doch ist es schwer vorstellbar, daß die Frau den Hahn des Gewehres abdrücken konnte, wenn der lange Gewehrlauf gegen ihre Brust gerichtet war. Die Polizei wurde auch erst verständigt, nachdem Pötzl die Blutspuren beseitigt und die Frau von der Stelle, wo sie den Tod gefunden hatte, weggetragen hatte.

Entlastende Zeugenaussage.

Der Oblatenfabrikant Pötzl wurde, wie das Tschechoslowakische Preßbüro hiezu ergänzend meldet, im Laufe des Samstag weiteren Verhören seiten der Polizei unterzogen. Pötzl, der nach der Entdeckung der Tat vollkommen zusammengebrochen war, wurde, da die Polizei befürchten mußte, daß er selbst Hand an sich legen würde, und weil einige Verdachtsmomente die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Pötzl seine Frau erschossen habe, inhaftiert. Ein belastendes Moment bildet die Unmöglichkeit, sich aus einem Jagdgewehr selbst zu entleiben, da die Frau Pötzls an den Füßen Schuhe hatte, also nicht mit den Fußzehen den Hahn abdrücken konnte. Eine Angestellte Pötzls sagte aus, daß sich Pötzl zur kritischen Zeit, als der Schuß gefallen sein soll, nicht in der Wohnung, sondern im Magazin und im Keller war. Nach der Aussage derselben Hausangestellten sei er erst zehn Minuten, nachdem der Schuß gefallen war, in die Wohnung zurückgekehrt. Durch das Eingreifen des herbeigerufenen Arztes Dr. Sebert wurde die Lage der Leiche verändert, denn er ließ Frau Pötzl in das Schlafzimmr tragen. Trotzdem stellte die Polizei fest, daß Frau Pötzl auf dem Rücken, statt wie es bei einem Herzschuß zu erwarten war, auf dem Gesichte lag, eine für diesen Tod ungewöhnliche Lage. Pötzl leugnet die Tat.

Die unchristlichen Bettler.

Aus Wien kommt eine sehr sonderbare, sehr bezeichnende Meldung. Aus Anlaß des „Allgemeinen Wiener Katholikentages" hat die Polizei das Ihrige getan, um den festlichen Charakter dieses Treffens der Gläubigen zu betonen, — sie hat nämlich eine allgemeine Razzia auf die Bettler veranstaltet, die unchristlich genug sind, das harmonische Phrasenbild des „goldenen Wien" mit ihrer Gegenwart zu verunstalten. Die Polizei betont ganz unsentimental, daß man sich mit Rücksicht auf die feierlichen Veranstaltungen des Katholikentages veranlaßt gesehen habe, die Straßen von den Bettlern „zu säubern". Mehrere hundert Bettler wurden im Verlauf der „Reinigungsaktion" festgenommen und in Polizeihaft gebracht.

Sicherlich ist der Anblick des menschlichen Elends, ästhetisch gesehen, nicht sehr verlockend, und es mag schon sein, daß manchem frommen Mann, der nach vortrefflichem Diner der aufreibenden Tätigkeit eines Katholikentagsteilnehmers nachgeht, beim Anblick der verwüsteten Opfer des kapitalistischen Systems das schlechte Gewissen des Pharisäers zu schlagen beginnt. Aber kann man dafür die hungernden Bettler verantwortlich machen? Ist es nicht ein Hohn auf alle edlen Theorien christlicher Nächstenliebe, wenn beim Massentreffen der patentierten Christen die Aermsten der Armen in Polizeihaft gesteckt werden müssen, um die Seelenruhe der allzu Selbstgerechten nicht zu gefährden?

Christus trieb die Wechsler bekanntlich aus dem Tempel, seine Prophetie war eine Manifestation der Menschenliebe und die Armut hat er nie gering geachtet. Seine wenig würdigen Jünger hingegen treiben zwar nicht die Wechsler aus dem Tempel heraus, aber dafür die armen Bettler aus den Straßen Wiens. Aber weshalb die Christen von 1933 mit jenen Christen vergleichen, die für ihre Sache mit lächelndem Antlitz in den sicheren Tod im Löwenzirkus gingen? Glaubt den irgend jemand, daß Jesus, der Jude, ein Konkordat mit den braunen Hunnen abgeschlossen hätte, ein Konkordat, das dem Heiligen Vater allzu leicht und schmerzlos aus der Füllfeder geflossen ist?

Saazer Hopfenhändler fälscht Saazer Hopfen.

Saaz, 9. September. In einer der größten Saazer Hopfenhandlungen wurde auf eine Anzeige von der Hopfenkommission der Landesbehörde im Beisein von Vertretern der Saazer Bezirksbehörde eine Revision vorgenommen, die ergab, daß die betreffende Firma wiederholt große Mengen minderwertigen Hopfens auswärtiger Herkunft mit Saazer Hopfen vermischt und sich so gegen die strengen Bestimmungen des Provenienzgesetzes vergangen hat.

Einbruch in die Karlsbader russische Kirche. Samstag nachmittags erstattete der Kirchendiener der russischen Kirche in Karlsbad bei der Polizei die Anzeige, daß unbekannte Täter ein Ikon in der Größe von 25 mal 30 Ztm. entwendet und von anderen Ikonen das Silber- und Goldblech abgerissen haben, das die Mäntel und Kleider der Heiligen darstellte. Aus den zwei Opferbüchsen wurde ein mutmaßlicher Betrag von 500 Kč gestohlen. Durch den Einbruch wurde die Kirche geschändet und muß neu geweiht werden.

Prophylaktische Fürsorge bei Kindern der Angestellten des Eisenwerkes Witkowitz. Im Jahre 1932 wurde, nach einer Tsch. P.-B.-Meldung, bei sämtlichen Kindern der Angestellten des Eisenwerkes, sofern diese nicht das 14. Lebensjahr überschritten haben, und in gewerkschaftlichen Häusern von Groß-Ostrau wohnen, der kostenlose ärztliche Aufsichtsdienst eingeführt. Dessen Aufgabe ist die Hintanhaltung des Entstehens von Krankheiten und die indirekte Heilfürsorge. Bei den Untersuchungen wird zunächst der allgemeine Gesundheitszustand der Familie festgestellt, besonders aber, ob in ihr keine übertragbaren oder erblichen Krankheiten auftreten. Auf Grund der Befunde wurden im Jahre 1932 auf Rechnung der Zentraldirektion des Eisenwerkes Witkowitz 300 Kinder ins Ferienheim Staré Hamry, weiters auf Kosten des Tuberkulosefürsorgefonds 98 gefährdete Kinder ins Rekonvaleszentenheim Stará Bělá und sechs Kinder in andere Anstalten entsendet. In den Wintermonaten 1932 und 1933 wurden auch jenen Familien, in welchen Tuberkulosefälle auftreten, auf Rechnung dieses Fonds kostenlos Lebensmittel ausgefolgt. Im Jahre 1933 wurden neuerlich 300 Kinder auf Rechnung der Zentraldirektion des Eisenwerkes Witkowitz und in der Zeit vom 17. Mai bis 24. Juni auf Rechnung des Tuberkulosefürsorgefonds 100 Kinder ins Ferienheim Staré Hamry entsendet. Außerdem wird bis Ende dieses Jahres 240 Kindern ein einmonatiger Aufenthalt im Rekonvaleszentenheim in Stará Bělá ermöglicht. Da sich dieser ärztliche Aufsichtsdienst bei Kindern besonders gut bewährt hat, wurde von der Zentraldirektion des Eisenwerkes Witkowitz die Erweiterung dieser prophylaktischen Fürsorge auch auf Kinder von Beamten, soferne sie in gewerkschaftlichen Häusern im Rayone von Groß-Ostrau wohnen, und auf Kinder solcher Arbeiter ausgedehnt, die in Privathäusern von Groß-Ostrau wohnen.

Arbeiterpartien für die Rübenfechsung gesucht! Obwohl heuer auch in manchen Rübenbezirken genügend Arbeiter für die Rübenfechsung zur Verfügung stehen, wird das Landeszentralarbeitsamt in Prag wahrscheinlich dennoch Arbeiterpartien für die heurige Rübenfechsung benötigen. Vielleicht werden auch einige Partien für die Kartoffelfechsung verlangt werden. Den Partien wird durch einen ordentlichen Vertrag der Reisekostenersatz in den Arbeitsort und zurück verbürgt, dann Bequartierung mit Beheizung und Beleuchtung, volle Kost oder ein für die volle Verköstigung ausreichendes Deputat. Wenn sich die Partie die Kost selbst zubereitet, zahlt der Arbeitgeber die Köchin nach dem Vertrage. Das Herausnehmen der Rübe wird im Akkorde für die vorjährigen Sätze durchgeführt. Personen, welche die Rübe im Akkorde herausnehmen, zieht der Arbeitgeber 4.— Kč pro Tag und Person für das Deputat und Bequartierung ab. Die bei den Bespannungen beschäftigten Personen arbeiten für den im Vertrage angegebenen Stundenlohn ohne jedweden Abzug für das Deputat. Hiezu erhalten sie noch die verlautbarten Prämien für die Rübe- und Schnitteabfuhr. Gefordert werden gemischte Partien oder Partien nur aus Frauen und Mädchen bestehend. Partien, welche sich um diese Arbeit bewerben wollen, haben sich ehestens bei der nächsten Bezirksanstalt für Arbeitsvermittlung zu melden. Es können nur dieser Arbeit kundige Partien aufgenommen werden. Arbeitgeber, welche solche Partien benötigen würden, sollen ihre genaue Adresse dem „Zemský ústřední úřad práce" in Prag III., bekanntgeben, welches Amt ihnen postwendend die dringendsten Informationen und einen Bestellschein zusenden wird.

Ein unredlicher Kassier. Bei der Ueberprüfung der Halbjahresrechnung der Zahlstelle Ronsperg des Zentralverbandes der Bauarbeiter wurde festgestellt, daß von dieser Zahlstelle mehr Geld zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung angefordert, als tatsächlich gebraucht wurde. Der Kassier Alois Helget wurde aufgefordert, den nicht zur Auszahlung benötigten Betrag an die Zentrale zu retournieren. Da weder ein Beleg noch der Geldbetrag einlangte, wurde bei dem Kassier eine Revision durchgeführt, bei der ein größerer Fehlbetrag festgestellt wurde. Helget, über die Verwendung dieses Betrages befragt, gab an, daß ihm dieser in der Nacht vom 27. auf den 28. August gestohlen worden sei und er aus Furcht vor seinem Vater die Erstattung der Anzeige unterlassen habe. Da die Angaben Helgets unglaubwürdig erschienen, wurde er gezwungen, sofort die Diebstahlsanzeige zu erstatten. Gleichzeitig wurde ihm sämtliches Wertmaterial abgenommen.

Ungünstige Kurfrequenz in Karlsbad. Karlsbad wies vom 1. Jänner bis zum 7. September d. J. eine Besucherzahl von 34.674 Personen auf. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang um 7222 Personen.

Schiffszusammenstoß auf der Donau. Der Personendampfer der Tschsl. Donautransportgesellschaft „Orel", der den Verkehr zwischen Preßburg und Wien besorgt, stieß während der Fahrt von Wien nach Preßburg Freitag, den 8. d., gegen 20 Uhr unweit des Devíner Steinbruches gegen das Tankschiff „Helvetia", das der Gesellschaft „Bayrischer Lloyd" gehört. Die „Helvetia", die Naphtha an Bord führte, war an dieser Stelle auf Grund geraten. Trotzdem setzte der Personendampfer seine Reise fort und traf im Hafen von Preßburg ein, wo er mit Hilfe des der D. D. S.-Gesellschaft gehörenden Dampfers „Herkules" vor Anker ging. Hier konnten die Reisenden das Schiff verlassen. Zu einem Unfall ist es nicht gekommen. Das Tankschiff „Helvetia" wurde bei dem Zusammenstoß beschädigt.

47.000 jüdische Flüchtlinge

Zürich, 9. September. In einer Genfer Konferenz zur Vorbereitung des jüdischen Weltkongresses wurde ein Bericht vorgelegt, wonach durch das Komité bis zum 1. Juli rund 42.000 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen worden sind. Weitere 5000 seien nach Palästina gegangen. Frankreich beherberge mit 25.000 weit über die Hälfte der Emigranten; auch die Zahl der nach Holland geflohenen Juden sei mit 5000 sehr hoch. An dritter Stelle folgt Polen mit 4000.

Nicht wiederzugebende Sprache

Frankfurt, 9. September. Ueber die Gossenmethoden des Judenverfolgers Streicher in Nürnberg muß selbst die „Frankfurter Zeitung" folgendes veröffentlichen: „Herr Streicher ist eine sehr populäre Figur. Was ich in seinem „Stürmer" las, ist schwer zu beschreiben. Seitenlang der Antisemitismus in seiner schärfsten Form. An den „Pranger" stellte der „Stürmer" auch in dieser Nummer zwei arische Mädchen, gegen die der Vorwurf erhoben wurde, daß sie mit jüdischen Herren Verkehr pflegen. Die Anklage geschah in einer Sprache, die wir nicht wiedergeben möchten. Welche Stimmung dadurch erzeugt wird, kann man erraten."

Reichspost arbeitet mit jüdischen Banken

Berlin, 9. September. Die Anleihe der deutschen Reichspost in Höhe von 150 Millionen kann bei folgenden jüdischen Banken gezeichnet werden: S. Bleichschröder, Lazard, Speyer-Ellissen, Mendelssohn und Co., Jacob S. H. Stern, Simon Hirschland, Loncoln, Menny, Oppenheimer, M. M. Warburg und Co., A. Levy.

Der Antisemitismus wird abgestoppt — vor den jüdischen Banken.

Geschichten um Grey.

Zum Tode des ehemaligen englischen Außenministers. „Fly-Fishing."

Grey war ein leidenschaftlicher Angler, und sein einziges Buch, das er vor seinem großen Rechenschaftsbericht, den „Twenty-Five-Years" (Fünfundzwanzig Jahre) schrieb, war den Anglern gewidmet. Es hieß „Fly-Fishing" (Das Fischen mit der Fliege) und erschien 1899. Nach Erscheinen dieses Buches klagte der Autor, der schon einmal von 1892 bis 1895 Unterstaatssekretär im Foreign Office unter Lord Rosebery gewesen war, seinen Freunden: „Ich hadere mit meinem Schicksal. Ich bin ein geborener Angler, und muß mich als geborener Staatsmann benehmen, mit 23 Jahren Abgeordneter und mit 30 Jahren Unterstaatssekretär. Welche Karriere, und welch beklagenswertes Schicksal!"

Zur selben Zeit hatte Grey mit Rosebery folgendes kleine Gespräch:

„Meine Herzenswünsche."

Grey: „Sie haben in einem Ihrer Klassenaufsätze über das schöne Thema: „Meine Herzenswünsche" geschrieben. Sie hatten drei solcher Wünsche: Premierminister von England zu werden, die reichste Frau der Welt zu finden und einen Derbysieger zur Waage zu führen. Sie haben Ihre Wünsche erreicht. Sie wurden mit 46 Jahren Premierminister, heirateten eine Rothschild und gewannen zahlreiche klassische Rennen. Meine Herzenswünsche waren viel bescheidener. Ich wollte nur angeln, Fische fangen, und statt dessen mußte ich drei Jahre lang ausländische Botschaften empfangen.

Grey wurde noch als Unterstaatssekretär in den Pairsstand erhoben. Recht kurios mutet die Geschichte der Rangerhöhung an.

Warum man Pair wird.

Die Erhebung in den Pairsstand bedeutet den Sitz im Oberhaus. Nach englischer Tradition muß von den Staatssekretären und Unterstaatssekretären der Ministerien jeweils einer dem Unterhaus und einer dem Oberhaus angehören.

Nun wollte es der Zufall, daß in dem Kabinett, in dem Grey Unterstaatssekretär war, kein einziger der Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre einen Sitz im Oberhaus hatte. Diesem Uebelstand mußte schleunigst abgeholfen werden. Und da Grey aus einer uralten Adelsfamilie stammte, entschloß man sich, ihn zum Pair zu machen.

Als Grey von dieser Rangerhöhung erfuhr, ärgerte er: „Nun bin ich Pair geworden und Mitglied des Oberhauses. Aber ich werde weiter unten am Fluß angeln!

Eine unliebsame Störung.

Aber schon 1905 ärgerte er sich darüber. Mit Rußland und Frankreich war kaum auszukommen. Die Streitfragen folgten einander, es kam zu Krisen. Das war beunruhigend und störend. Der junge Außenminister machte einen wütenden Eintrag ins Tagebuch: „Pruning Sunday! Gestört durch Arbeit, und am Sonntag muß ich zur Stadt!" Pruning Sunday ist ein wichtiger Tag für den Gärtner. Er schneidet die Bäume zurecht. Grey wurde in dieser Arbeit gestört, und deshalb die Tagebucheintragung und sein Seufzer: „Welch ein Glück wäre es, bei der nächsten Wahl durchzufallen."

Am 29. August 1917 wurde Grey

totgesagt.

Der englische Pooder-Bericht meldete, daß Grey an Herzschwäche gestorben sei. Grey war zu jener Zeit wirklich sehr krank. Die Aerzte befürchteten, daß er sein Augenlicht verlieren werde. Als die Todesnachricht kam, schenkte ihr deshalb ein jeder vollen Glauben. Auch Grey erfuhr später die Alarmnachricht und meinte lachend: „Es war ein herrliches Gefühl, die Nekrologe zu lesen. Nun weiß ich wenigstens, welche vorzügliche Eigenschaft ich gezeigt habe!

Feuerschutz für Flugzeuge. Der belgische Flugermajor van Rollenghem unternahm erfolgreiche Versuche mit einer neuen Erfindung zum Schutz der Flugzeuge vor Feuer. Das Flugzeug wurde einer Temperatur von 1200 Grad und einem viertelstündigen Brande ausgesetzt. Bei dieser Hitze ist der Benzinbehälter überhaupt nicht explodiert.

Die Arbeitslosigkeit in Mähren-Schlesien.

Unansehnlicher Rückgang im August. — Weiteres Ansteigen in den deutschen Bezirken

Brünn, 8. September. Die Arbeitslosenstatistiken der 47 Bezirksarbeitsämter des Landes Mähren-Schlesien geben ein äußerst trauriges, ja geradezu trostloses Bild der Lage am Arbeitsmarkt in unserem Lande. Während in den anderen Ländern des Staates die Arbeitslosigkeit wenigstens um so viel zurückgegangen ist, daß die Entlastung in manchen Bezirken schon fühlbar wird, die Saisonarbeiten wenigstens einigen tausenden Arbeitslosen Möglichkeit zur Arbeit gaben, hat sich in Mähren-Schlesien die Arbeitslosigkeit im August auf gleicher Höhe gehalten wie in den Vormonaten.

Die Arbeitslosenzahl im Lande Mähren-Schlesien beziffert sich zum 31. August auf 201.633 gegen 201.961 zum 31. Juli, das bedeutet für den Monat August einen Rückgang von nur 328 oder 0.15 Prozent. Im ganzen Staate ist dagegen die Arbeitslosigkeit um 2.9 Prozent zurückgegangen, in Böhmen um 4.5 Prozent, in der Slowakei um 2.6 Prozent. Genau so wie im kleinsten Rückgang der Arbeitslosigkeit, hält das Land Mähren-Schlesien aber auch in der relativen Arbeitslosenzahl, d. h. bei der Gegenüberstellung der Bewohner des Landes mit den Arbeitslosen unter den einzelnen Ländern des Staates die Spitze. Im gesamtstaatlichen Ausmaß kommen auf 1000 Bewohner ohne Unterschied des Alters 41 Beschäftigungslose, in Böhmen 47, in der Slowakei 23, in Mähren-Schlesien

auf 1000 Bewohner 56 Arbeitslose.

Das ist ein sicherlich trauriger Rekord, der allen kompetenten Stellen Anlaß sein müßte, das Schwergewicht der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf Mähren-Schlesien zu verlegen. Denn wenn schon in den Sommermonaten von 1000 Bewohnern des Landes ungefähr 180 unmittelbar von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit betroffen werden — zu jedem Arbeitslosen müssen ungefähr zwei Familienangehörige gerechnet werden —, so dürfte sich die Situation in den Wintermonaten, in denen die Not fühlbarer wird, die Beschäftigungsmöglichkeit erfahrungsgemäß weiter zurückgeht, arg zuspitzen.

Ein weiteres Moment, das sich aus der Arbeitslosenstatistik feststellen läßt, ist die von uns schon oft festgehaltene Tatsache, daß die deutschen Industriebezirke des Landes, das sind die Bezirke mit deutscher Mehrheit von der Arbeitslosigkeit weit schwerer betroffen sind, als die tschechischen Agrarbezirke. In den tschechischen Bezirken leben 2,749.759 Menschen, von denen 138.252 arbeitslos sind, in den deutschen Bezirken 813.398 Menschen mit 63.381 Arbeitslosen. Um die Zahlen greifbarer zu machen, so sind von 100 Bewohnern des Landes 74.4 Tschechen und 25.6 Deutsche, von 100 Arbeitslosen 68.6 Tschechen, d. h. Bewohner tschechischer Bezirke und 31.4 Deutsche.

Während das Verhältnis der deutschen Bewohner des Landes zu den Tschechen 1 zu 3.38 ist, ist das Verhältnis der deutschen Arbeitslosen zu den tschechischen 1 zu 2.18.

Im ganzen Land entfallen auf 1000 Einwohner 56 Arbeitslose, in den deutschen Bezirken ist die Zahl aber höher und beträgt 77.

Auch im letzten Monat ist in den deutschen Bezirken die Arbeitslosigkeit nicht gesunken, sondern weiter

um 892 Personen gegenüber dem Vormonat gestiegen.

Von dem, wenn auch nur ganz geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Lande profitierten also ausschließlich die tschechischen Bezirke.

Die größten absoluten Arbeitslosenzahlen erreichten zum 31. August folgende Bezirke:

Mährisch-Ostrau	11.118
Brünn	10.781
Freistadt	10.339
Friedek	10.084
Neu-Titschein	9.833
Schönberg	8.627
Boskowitz	7.995
Wsetin	7.898
Brünn-Land	7.174
Sternberg	7.123

Unter diesen 10 Bezirken mit den größten Arbeitslosenziffern sind nicht weniger als drei von den zwölf deutschen Bezirken des Landes, die meisten der anderen Bezirke haben starke deutsche Minderheiten.

Die anderen deutschen Bezirke neben Neu-Titschein, Mähr.-Ostrau, Mähr.-Schönberg und Sternberg weisen folgende absolute Arbeitslosenziffern auf:

Troppau	6.827
Jägerndorf	6.672
Freiwaldau	5.732
Freudenthal	5.631
Mähr.-Trübau	4.782
Znaim	3.606
Bärn	2.298
Römerstadt	1.950
Nikolsburg	299

In nicht weniger als acht dieser deutschen Bezirke ist im Monat August die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen.

Die absoluten Arbeitslosenziffern geben aber nur ein verzerrtes Bild der wirklichen Situation in den einzelnen Bezirken, denn sie nehmen nicht Rücksicht auf die Einwohnerzahlen der Bezirke. Klarer sieht man erst, wenn man die relativen Arbeitslosenziffern errechnet, das heißt, die Einwohnerzahlen und die Arbeitslosenziffern vergleicht. Da verschiebt sich auch gleich das Bild stark zu Ungunsten der deutschen Bezirke. Unter den

10 Bezirken mit den größten relativen Arbeitslosenziffern sind nämlich nicht weniger als fünf deutsche.

Die zehn Bezirke, die am stärksten unter der Fuchtel der Arbeitslosigkeit leiden, d. h. in denen auf 1000 Einwohner die meisten Arbeitslosen entfallen, sind:

Wsetin	mit	185	Arbeitslosen
Sternberg	„	121	„
Wal.-Meseritsch	„	120	„
Neu-Titschein	„	115	„
Freudenthal	„	114	„
Jägerndorf	„	107	„
Mähr.-Schönberg	„	106	„
Mistek	„	103	„
Boskowitz	„	88	„
Mähr.-Ostrau	„	88	„

Erst diese letzte Zahlenreihe rundet das ganze Bild der Arbeitslosigkeit in unserem Lande und in den deutschen Bezirken, erst sie weist den Weg, der beschritten werden muß, will man die durch die Arbeitslosigkeit am schwersten betroffenen Bezirke von den ärgsten Auswirkungen der Krise befreien, der durch die andauernde Not und durch das furchtbare Elend verzweifelten Bevölkerung Hoffnung, Arbeit und Brot geben!

Die sozialen Verhältnisse in der internationalen Zündholzindustrie

Die niedrigsten Löhne in der Tschechoslowakei.

In der internationalen Zündholzindustrie ist in den letzten Jahren eine starke Veränderung vor sich gegangen. Dies ist hauptsächlich auf den Zusammenbruch des schwedischen Zündholzkonzerns zurückzuführen. Der rastlose Geist des einst auf stolzer Höhe thronenden Zündholzkönigs Ivar Kreuger hatte die ganze Erde zu unterjochen unternommen, was ihm auch zu einem erheblichen Teile gelungen war. Der Tod dieses skrupellosen Spekulanten hat im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrise die Zündholzindustrie aller Länder erschüttert.

Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände, Sitz Amsterdam, die ihren Kongreß demnächst in Prag abhält, hat einen Bericht zusammengestellt, der über einige Länder lehrreiche Aufschlüsse vermittelt. In jedem Lande ist die Streichholzproduktion stark gedrosselt. In den fünf Fabriken der tschechischen „Solo"-A.-G. wird die Produktionskapazität nur zu 41 Prozent ausgenützt. Auf die Streichholzfabrikation hat der Staat in fast allen Ländern Einfluß genommen. In Frankreich ist er alleiniger Produzent. Ein staatliches Zündholzkartell besteht in Deutschland. Hierzulande hat der Staat die Errichtung neuer Fabriken verboten. Außerdem bestehen gesetzliche Bestimmungen zur Regelung der Streichholzeinfuhr.

Der Versuch, die Produktionsmenge pro Kopf der beschäftigten Arbeiter festzustellen, konnte infolge unvollständigen Materials nur unvollkommen durchgeführt werden. Trotzdem sind die wenigen Ermittlungen des Berichtes von Interesse. In Schweden beträgt die Produktionsmenge je Kopf der beschäftigten Arbeiter und Jahr 9.5 Kilogramm und in Dänemark 6.6 Kilogramm. In Finnland erzeugt jeder Arbeiter im Jahr 54 und in der Tschechoslowakei 96 Kisten (10.000 Schachteln). Die fünf Fabriken des tschechischen „Solo"-Konzerns führten 1928 für 28.8 Millionen Kč aus. In der Tschechoslowakei wurden Ende 1932 1618 Arbeiter in der Zündholzindustrie beschäftigt gegen 2030 Ende 1929. Die schwedische Arbeiterzahl sank in der gleichen Zeit von 5379 auf 3622.

Sehr verschieden sind die Lohnsätze der Zündholzarbeiter in den einzelnen Ländern. In holländische Cents umgerechnet betrug der Durchschnittslohn eines Arbeiters pro Stunde in Norwegen 61, in England 58, in Schweden 34, in Finnland 32, in Oesterreich 27 und in der Tschechoslowakei 22.

Hierzulande verdiente mithin ein Arbeiter nur etwa den dritten Teil des Lohnes eines norwegischen Arbeiters.

Die effektiven Lohnsätze verschieben sich allerdings, weil in den meisten Ländern im Akkord gearbeitet wird. Wenn dies auch der Fall sein mag und der Reallohn mit dem Nominallohn nicht ganz übereinstimmt, so ist dieser große Unterschied sicher beachtlich. In den Zündholzbetrieben in Schanghai (China) betrugen die Löhne der Männer nur 9—10 holländische Cents. Eine Frau verdiente in der Schanghaier Zündholzfabrik nur 4 Cents gegen 14 Cents in der Tschechoslowakei und 40 Cents in Norwegen.

Die Einschränkung in der Zündholzindustrie geht aus der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit hervor. Sie betrug Ende 1932 in Oesterreich 40, in Finnland 39, in Norwegen 34, in Schweden 30 und in der Tschechoslowakei 24—40 Stunden die Woche. Die sozialen Verhältnisse werden auch durch die zugestandene Urlaubszeit illustriert. Nach 10jähriger Beschäftigung erhält ein Arbeiter in Frankreich 18, in Norwegen und Oesterreich 12, in Finnland 7—14, in der Tschechoslowakei 8, in Schweden 7 und in Dänemark 6 Tage Urlaub. In der Urlaubsfrage rangiert die Tschechoslowakei nicht an letzter Stelle.

Alles in allem ist die Arbeit der gewerkschaftlichen Internationale der Fabrikarbeiter über die Internationale Zündholzindustrie ein beachtliches Dokument. Sie gewährt einen Einblick in die wirtschaftliche Lage der Industrie und in die sozialen Verhältnisse der Zündholzarbeiter. Aus den Vergleichen der einzelnen Länder kann man deutlich ersehen, wie stark der gewerkschaftliche Einfluß sich in jedem Lande durchzusetzen vermag. Nur dort, wo stärkere gewerkschaftliche Organisationen vorhanden sind, ist die Lage der Arbeiterklasse einigermaßen erfreulich. Dies sollten sich besonders die Arbeiter in der tschechoslowakischen Zündholzindustrie merken.

Vom Prager Rundfunk

Diesmal war unsere Arbeitersendung praktisch und belehrend. Nach einem von Ing. Dr. Peter Otasek verfaßten Manuskript unterhielten sich drei Arbeiter, ein Tischler, ein Maurer und ein Schlosser, über die Unfälle, die sie im Betrieb erlitten hatten. Hernach kam ein Beamter der Unfallversicherung dazu und beleuchtete die Angelegenheit vom Standpunkt der Versicherung, der Wirtschaft und der Gesetzgebung. Daraus ergab sich ein lebendiges, einprägsames Bild des ganzen Bereiches der Betriebsunfälle. Sehr richtig ward darauf hingewiesen, wieviele Unfälle aus eigenem Verschulden oder durch Nachlässigkeit der Arbeitskameraden entspringen, aber auch die unheilvolle Rolle, die das immer schärfere Arbeitstempo, das Antreibersystem der Unternehmer dabei spielt, wurde nicht vergessen. Es ist ja leicht, dem Arbeiter Vorsicht zu predigen oder ihn anzuregen, er solle doch, wenn an seiner Maschine keine Schutzvorrichtungen bestehen, sich welche ausdenken. Aber in der Praxis der Fabrik, der Baustelle, des Bergwerks sieht die Sache doch weniger einfach aus. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß zu so vorbedachtem, klug abwägendem Verhalten, wie es da von den Arbeitern verlangt wird, ein hohes Maß von Intelligenz und Bildung gehört und vor allem körperliche Frische und Seelenruhe, die nur aus gesicherten Lebensverhältnissen erwachsen können. Hat die Gesellschaft in dieser Beziehung alle ihre Pflichten gegen die Arbeitsmenschen erfüllt? Die Wirtschaftsführer verlangen alle Entscheidungsfreiheit für sich; gerechterweise müssen sie auch alle Verantwortung auf sich nehmen.

Ein Gedanke aber muß bei dieser Betrachtung ins Licht treten: in keinem der sogenannten gehobenen Berufe hat ein Versehen so unheilvolle Folgen für Leben und Gesundheit des Unvorsichtigen, wie in den Berufen der Handarbeit: beim Bergmann, beim Bauern, beim Schlosser und Tischler und Bauarbeiter usw. Ein Fehler beim Schreiben wird ausradiert, einer beim Rechnen kann gefunden und verbessert werden — hier aber gehts an Leib und Leben und selbst der Geheilte bleibt durch verminderte Arbeitsfähigkeit zeitlebens gestraft. Wie tief bleibt die Gesellschaft immer in der Schuld ihrer geringsten Glieder, der einfachen Arbeitsmenschen!

Auch diese Woche brachte sonst kaum etwas Erwähnenswertes. Abg. Dr. Franz Bacher sprach über die Goldwährung. Recht klar und einleuchtend schilderte er die Entwicklung ursprünglicher Tauschmittel zum Geldzeichen und die Spaltung des anfangs einheitlichen Geldes in das reine Wertzeichen und seine Entsprechung (Deckung) in Edelmetall. Gegen diese ganz akademische und dabei volkstümlich verständliche Abhandlung ist nichts einzuwenden. Die kitzlichen Fragen fangen ja erst dort an, wo der Vortragende aufhörte, wo es um die Verwendung des Geldes, um seine Rolle im Prozeß der Gütererzeugung und -verteilung und der Kapitalbildung geht. Aber die Erörterung dieser Fragen würde wohl schon unsere Radiozensur gar nicht zulassen — sie hälts mit dem Motto: Friede auf Erden!

Andere Leute sind nicht so. Wenn da z. B. im Deutschlandsender der Pfarrer D. Albert Freytag, Reichspressewart der Glaubensbewegung „Deutsche Christen" erklärt, daß die Reformation Luthers nur in der deutschen Seele entstehen konnte, daß daher das rassische Prinzip für das deutsche Christentum vollkommen berechtigt sei, oder wenn unter dem Titel „Erbkrank — erbgesund" in einem „rassenhygienischen Lehrspiel" die kühnen Hypothesen der Rassenfanatiker praktiziert werden, dann ist jede dieser Behauptungen oder Feststellungen zugleich ein Angriff gegen die nicht oder noch nicht Gleichgeschalteten.

Wie einfach wäre eigentlich die Aufgabe unserer deutschen Sendung diesem propagandistischen Treiben gegenüber! Man müßte sich absolut nicht in Polemiken einlassen, die der Zensur Sorgen bereiten würden. Es müßte nun ganz einfach und positiv die wissenschaftliche Wahrheit gesagt werden, wie sie sich uns anderen Europäern gegenüber darstellt: wie wärs mit einem Kursus über Demokratie (geschichtlich: England, Frankreich, Amerika, Schweiz usw.), wie wenige der Hörer haben richtige Begriffe von dem Entstehen und Wesen dieser demokratischen Gemeinwesen und ihrem Geist! Oder Naturwissenschaft, Vererbungslehre wirklich wissenschaftlich, Dichtung und Musik der „Europäer" aller Zungen — kurz, es gäbe Themen im Ueberfluß und sicher in Prag auch sachkundige Vortragende genug. Nur ein Geist, eine Richtung muß endlich einmal in dieses „Volksbildungsinstitut" — eine ordentliche Speisenfolge statt dieses altniederländischen Stillebens, worin Hummern, Rebhühner und Zitronen neben Kohlrabi und Möhren herumliegen. Da vergeht einem der Appetit.

Fürstenau.

Das Land der Hinrichtungen.

Bamberg, 9. September. Heute um sechs Uhr wurde im Lichthof des Zuchthauses Ebrach das Todesurteil an dem Gaiganzer Mörder Lorenz Schriefer im Beisein der vorgeschriebenen Zeugen durch den Münchner Scharfrichter vollstreckt. Nachdem ihm noch einmal der Urteilstenor durch den Urkundsbeamten verlesen worden war, wurden Schriefer, der völlig gefaßt war, die Augen verbunden, und der Nachrichter waltete seines Amtes.

PRAGER ZEITUNG.

Gauversammlung der tschechischen Sozialdemokratie in Prag. Im überfüllten großen Saal des Lidovy dům in Prag wurde Samstag der Kongreß der Vertreter der sozialdemokratischen Parteiorganisationen des Prager Gaues eröffnet. Anwesend waren 800 Delegierte und zahlreiche Gäste. Die Verhandlungen wurden vom Gau-Vertrauensmann Sen. Johanis eröffnet. Aus dem Organisationsberichte, der von den Sekretären Havelka und Macháč erstattet wurde, geht hervor, daß im Gau 47.000 zahlende Parteimitglieder organisiert sind. Sonntag werden die Verhandlungen um 9 Uhr früh im Smichower Národní dům fortgesetzt werden. Das politische Referat wird Parteivorsitzender Hampl erstatten.

Gerichtssaal

Exzesse eines fahrenden Musikanten.

Eine originelle Figur.

Prag, 8. September. Eine merkwürdige Gestalt wurde heute dem Senat Toman aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der 22jährige Wenzel Melka, von Beruf herumziehender Harmonikaspieler, gleicht dem bekannten Filmschauspieler Monjou in auffallender Weise. Er trägt auch den berühmten gestutzten Schnurrbart seines Doppelgängers, von dem er sich nur in den Kleidern beträchtlich unterscheidet. Denn Wenzel Melka steckt in einem sehr schäbigen Plüschanzug. Aber nicht nur äußerlich ist Wenzel Melka eine originelle Figur.

Wie aus seinen Generalien hervorgeht, ist dieser vazierende Musikant in einem Komödiantenwagen zur Welt gekommen. Sein Vater war „Direktor" eines fahrenden Puppentheaters und auch seine Mutter soll unter den Marionettenspielern einen beträchtlichen Ruf gehabt haben. Der 22jährige Mann ist bereits Vater von vier Kindern, von denen das älteste vier Jahre alt ist, also von ihm in seinem achtzehnten Lebensjahr gezeugt wurde. Bisher ist Wenzel Melka unbescholten und protestierte heftig gegen die Stilisierung des Leumundszeugnisses, in welchem er als „Zigeuner" und fragwürdige Existenz bezeichnet wird und auch der Vorsitzende des Gerichtshofes fand mit Recht diese Formulierung als allzu brüsk. Die Tat, wegen welcher Melka heute vor Gericht steht, ist ein großer Exzeß auf dem Příbramer Bahnhof, durch welchen der Verkehr unliebsam gestört wurde. Darüber hinaus hat sich Melka aber auch tätlich an Amtspersonen vergriffen; kurz und gut, es handelt sich um eine Anklage wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit.

Am 16. Juli kam der Harmonikaspieler auf den Bahnhof in Příbram, und zwar in hochgradig alkoholisiertem Zustand. Er begann mit dem wartenden Reisepublikum allerlei Kurzweil zu treiben, die von diesem als schwere Belästigung empfunden wurde. Nach vergeblichen Ermahnungen wurde er schließlich von dem diensthabenden Beamten im Sinne der Betriebsordnung „von der Beförderung ausgeschlossen". Darüber wurde er so wütend, daß er sich auf die Schienen legte, und zwar vor den zur Abfahrt bereitstehenden Prager Personenzug. Die Bahnangestellten Kropáč und Pešek entfernten mit vieler Mühe den Betrunkenen von den Geleisen, wobei sie die saftigsten Grobheiten einstecken mußten „Hunde", „Lumpen", „Gestank" — das sind noch die mildesten Kosenamen, die sie zu hören bekamen. Die rote Mütze des diensthabenden Verkehrsbeamten reizte den Besoffenen besonders: „Du wirst Dein rotes Mützel nicht mehr lang tragen! Ich nehm' mir einen Advokaten und Du wirst Lehm treten müssen!" Schließlich riß er sich los und legte sich abermals auf das Geleise. Man mußte das lebende Verkehrshindernis nochmals mit vieler Mühe entfernen, wobei Melka dem Eisenbahner Pešek die Nase einschlug. Er riß sich noch ein drittesmal los und warf sich abermals vor den Zug, wobei er fleißig mit seinem Kopf auf die Schienen schlug. Nach Ansicht der Polizei tat er das deshalb, um durch die blauen Flecke den Glauben zu erwecken, er sei von den Eisenbahnern verprügelt worden. Endlich gelang es, den Tobenden festzunehmen.

Bei der heutigen Verhandlung verteidigte sich der Angeklagte sehr temperamentvoll mit vollkommener Betrunkenheit. Er wisse nicht, was er damals getan habe und könne sich an nichts mehr entsinnen. Die Zeugen bestätigen, daß der Musikant wirklich stark betrunken gewesen sei und so lief die Sache für ihn glimpflich ab. Er wurde von der Anklage des Verbrechens freigesprochen und nur wegen Uebertretung der Trunkenheit zu sechs Wochen Arrest verurteilt. Diese Strafe ist freilich unbedingt, aber durch die Untersuchungshaft verbüßt. Der Angeklagte nahm das milde Urteil dankbar an. rb.

Aus der Notzeit.

Arbeitsloser Architekt als illegaler Gemüseverkäufer.

Prag, 9. September. Auf dem Heuwaagsplatz und in der Lützowstraße findet allnächtlich, genauer gesagt in den ersten Morgenstunden der große Gemüsemarkt statt, auf dem die Großlieferanten oder Produzenten ihre Abschlüsse mit den städtischen Kleinhändlern, aber auch privaten Großabnehmern, wie Restaurants, Gemeinschaftsküchen u. dgl., machen. Zwischen 3 und 6 Uhr früh herrscht in dieser Gegend ein buntes Leben. Autos und Wagenkolonnen kommen aus allen Richtungen angefahren, ganze Berge von Gemüse wandern aus den geräumigen Lastautos auf die Handwagen und in die Traglkörbe der Abnehmer. Es ist, wie gesagt ein Großmarkt, bei dem der Kleinverkäufer nichts zu suchen hat.

Aber die Not ist groß und so versuchen — ungeachtet aller Aussichtslosigkeit — allerlei kleine Leute immer wieder, zu einem kleinen Verdienst zu kommen. So hatte sich eines Morgens auch der 22jährige, seit vielen Wochen arbeitslose Bauassistent Johann Krokáč eingefunden, der sich bemühte, Käufer für ein wenig Gemüse zu finden, das er in einem Tragkorb zu Markt gebracht hatte. Wie sich später ergab, machte er dieses Geschäft nicht auf eigene Rechnung, sondern war von einem Gemüsegärtner für ein paar Kronen gemietet worden. Er bemühte sich sehr, etwas an den Mann zu bringen, aber ohne großen Erfolg. Schließlich erschien der Marktaufseher Čáp und verbot ihm den Handel, da für kleine Verkäufer der Markt erst ab fünf Uhr offen ist, zu welcher Zeit allerdings die meisten Interessenten ihren Bedarf bereits gedeckt haben.

Krokáč geriet über das Verbot des Marktaufsehers in große Erregung und weigerte sich, den Markt zu verlassen. Es kam zu einem Wortwechsel, der schließlich zu Tätlichkeiten ausartete, wobei dem Aufseher der Daumen der rechten Hand verstaucht wurde. Die weitere Folge war eine Anklage wegen versuchter Vereitelung einer Amtshandlung. Bei der heutigen Verhandlung vor dem Senat Trost verteidigte sich der Angeklagte, der im wesentlichen geständig war, mit Notwehr. Er habe sich gegen den brutal einschreitenden Marktpolizisten nur zur Wehr gesetzt. Gegen diese Verteidigung stand aber die Aussage des beeidigten Amtsorganes und eine solche wiegt schwer vor Gericht. Der Angeklagte wurde schuldig befunden und zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt. Mit Rücksicht auf die zahlreichen mildernden Umstände wurde die Strafe bedingt auf drei Jahre ausgesprochen. rb.

Kunst und Wissen

Max Adalbert

vielleicht nicht der bedeutendste, sicher aber der liebenswürdigste der deutschen Charakterkomiker, ist früher als man hätte fürchten müssen, aus der Welt gegangen, die er um manchen Sonnenstrahl prächtigen Humors bereichert hat. Fast könnte man es als eine Fügung des Schicksals ansehen, daß Max Adalbert, der noch im Dritten Reiche lebte, aber es innerlich unmöglich bejaht haben kann, von der Bühne abtritt, auf der nur noch unfreiwilliger Humor agiert wird, jenes hohle Pathos, das er so gern verhöhnte, das gespreizte Wesen, dessen Schwächen er so ganz durchschaut hatte. Sein Humor kam aus einer freundlicheren Zeit, in der deutsch-sein eben noch nicht „ohne Humor sein" hieß, da der Blick ins Wesen der Dinge noch nicht von einer lärmenden Affenherde verstellt war, die nur kreischen, nicht mehr lachen, nur im Kot sich amüsieren, nicht sich wirklich freuen kann.

In Max Adalbert war deutscher Humor von der Art Wilhelm Buschs und Fritz Reuters, Raabes und Fontanes, Storms und Kellers. Seine besten Gestalten waren jene kleinen Leute, die wie aus einer Meisternovelle der klassischen deutschen Prosa plastisch ins Rampenlicht traten, Berliner Typen vor allem, wie er sie, einer breiteren Oeffentlichkeit zugänglich, dann auch im Tonfilm spielte. Die Rechthaberei gravitätischer Hausthyrannen, die rührende Eitelkeit dürftiger Figuren aus dem Alltag, deren eingebildete Manneswürde mit dem Format ihrer Bedeutung Schritt um Schritt ihres Lebensweges kontrastiert, oft aber auch ergreifend gutmütige und ehrliche Burschen, deren gerades Wesen sich im Labyrinth des modernen Lebens Beulen stößt — das waren seine Gestalten, das war, um mit Zille zu sprechen: sein Milieu. Der trockene Witz seiner Extempores würzte dabei das Spiel, ohne daß er aufdringlich wurde, wie Adalbert überhaupt, auch darin ein Gegenpol neudeutschen Wesens, nichts von aufgeblasener Prominenz an sich hatte.

Nun wird er, dessen letzte große Rolle der Hauptmann von Köpenick, die Satire auf das vorweggenommene Dritte Reich war, uns nicht mehr erfreuen, ein Spiegel besserer deutscher Art ist zerbrochen und erblindet, wir werden ihn vermissen, aber wir tragen es leichter in der Gewißheit, daß die Art, die er verkörperte, auf lange hinaus aufgehört hat mehr zu sein, als er nun ist: eine wehmütige Reminiszenz. E. F.

Ball im Savoy.

Operettenpremiere im Prager Deutschen Theater.

Um der Operette, dem in der vorigen Spielzeit recht stiefmütterlich behandelten leichten Genre bühnen-dramatischer Kunst, Freunde und Interessenten zu gewinnen, hat die Direktion Dr. Eger diesmal gleich zu Beginn der neuen Saison eine neue, große Operette gestartet: Paul Abrahams bereits an zahlreichen Bühnen erprobte Schlager-Operette „Ball im Savoy", deren Textbuch Alfred Grünwald und Fritz Löhner-Beda verfaßt haben. Aber auf ihr handlungsarmes und nicht allzu einfallsreiches Libretto müssen die Autoren nicht stolz sein. Der „Ball im Savoy", einem modernen Vergnügungs-Hotelrestaurant, ist nur ein Stelldichein für Operettenfiguren (eine sich betrogen fühlende Frau, ihr Ehegatte, eine Tänzerin usw.), ein Ort und eine Gelegenheit zu operettenmäßigen Verwicklungen und Verwechslungen. Man denkt da unwillkürlich an Heubergers klassische Operette „Der Opernball. Aber wie feinsinnig und logisch ist dort alles gemacht, während im „Ball im Savoy" die primitive Handlung hinter der Gelegenheitsmache zurücktritt. — Die Musik Abrahams ist unterhaltend, aber nicht mehr, da arm in der Invention und schablonenhaft physiognomisches: den Könner zeigt sie in technisch-formaler Hinsicht und in der Instrumentation; doch ist sie im ersteren Sinne übertrieben gekünstelt, bezüglich der letzteren überladen.

So wenig Erbauliches über das Werk zu sagen ist, so viel Erfreuliches ist über seine Aufführung zu berichten, die — bei glänzender revueartiger szenischer Aufmachung, geschmackvollen Bühnenbildern (Prof. Emil Pirchan) und ausgezeichneter solistischer Besetzung — großstädtisches Format hatte. Im neugruppierten Operettenensemble war die Sensation die neue Operettensoubrette Edity d'Amara, eine als künftige Attraktion zu wertende Künstlerin, die eine ebenso virtuose und originelle Tänzerin wie stimmlich gerüstete Sängerin und temperamentvolle Darstellerin ist. Auch Fr. Käthe Walter als neue Operettendiva hat sich gesanglich, schauspielerisch und tänzerisch ausgezeichnet bewährt; sie ist auf dem besten Wege eine zweite Emmy Sturm zu werden. Von den früheren Operettenkräften wirkten erfolgreichst die Herren Dörner, Padlesak und Stadler mit, vom Schauspiel Frau Meller und die Herren Schmerzenreich, Alber, Jantsch und Bauer. Kapellmeister Komlos dirigierte mit Schwung, aber legte wenig Wert auf Sauberkeit und Klarheit und tat dynamisch gar zu viel des Guten. Die Tänze hatte Peter Schork gestellt. Die Aufführung fand im vollbesetzten Hause reichen Beifall. E. J.

Nervenleidenden und Gemütskranken schafft das überaus milde, natürliche **„Franz-Josef"**-Bitterwasser regelmäßigen Stuhlgang, gute Verdauung und erhöhte Eßlust. 2106

„Hoffmanns Erzählungen", in der phantasievollen Neuinszenierung aus dem Vorjahr, freilich nicht mehr ganz glatt im musikalischen Ablauf (trotz der Tüchtigkeit Kapellmeisters Rudolfs im Dispozieren am Pult), bringen jetzt vor allem Erneuerung der Bekanntschaft mit dem Berliner Staatsopernsänger Theodor Scheidl, der in den vier Baritonpartien schon durch seine erhaben-gespenstische Gestalt alle Aufmerksamkeit auf sich zieht, aber auch als Sänger mit grandiosem Stimmfundus in der Mittel- und Tiefenlage, durch imponierenden dramatischen Ausdruck, durch eine (leider immer seltener werdende) Stimmkultur, vorbildliche Phrasierung und Atemtechnik und als Darsteller insbesondere eines grauenhaft packenden Mirakel höchste Anerkennung verdient; bewundernswert, wie dieser wahrhafte Künstler selbst jene Höhen, die er leider nicht mehr souverän beherrscht, durch Können und Geschmack behauptet. Neben Scheidl überraschte geradezu in erfreulichster Weise Herr Adolf Fischer mit einem stimmlich ausgeglichenen, tonschönen, an einzelnen kantablen Stellen ganz ausgezeichneten und übrigens auch interessant dargestellten Hoffmann; hier, im „französischen" Fach, scheint die Domäne Fischers zu liegen. Als Olympia kam Fräulein Handler zu ihrem zweiten, allgemein geglückten Start; die sympathische Stimme der anscheinend auch sehr musikalischen Sängerin ist freilich derzeit an Kraft und Brillanz der großen Koloraturarie noch nicht gewachsen. Fräulein Konetzni ist damit noch lange keine Giulietta, daß sie zwei oder drei große Töne in den Raum schickt, Frau Schilp, die neue Altistin, blieb dem Niklas fast alles schuldig, als Antonia half das vom Vorjahr bekannte Fräulein Holland aus. Auffallend die Stimmfrische Herrn Andersens, bemerkenswert in kleinen Partien die Herren Klinger und Willander. Alles in allem, eine sehr anständige Aufführung, aber dennoch eine, in der sich wirkliche Macht des Gesanges nur an ganz wenigen Stellen offenbarte, worin der entscheidende Grund für die fühlbare Kühle liegen dürfte, mit der ein leider wieder nicht sehr zahlreiches Publikum den Abend über sich ergehen ließ. l. g.

Das Prager Philharmonie-Orchester veranstaltet am 12. September um 8 Uhr abends im Smetanasaal ein Konzert unter Leitung V. Saks. Auf dem Programm: G. Mahler: I. Symphonie, H. Berlioz: Fantastische Symphonie. — Karten im Vorverkauf.

Ernst Deutsch gastiert als „Disraeli" in dem gleichnamigen Schauspiel von Rundt und Mayer. Samstag, den 16. September. Die Figur Disraelis (Lord Beaconsfield) des jüdischen Ministerpräsidenten der Königin Viktoria von England, ist hier nach dem Roman von Maurois zum erstenmal dramatisiert. (C 2.)

Spielplan des neuen deutschen Theaters. Sonntag:: 7½ Uhr (A 2) „Ball im Savoy"; Montag: 8 Uhr (A 1) „Werbekonzert"; Dienstag: 7½ Uhr (A 2): „Mädchenjahre einer Königin"; Mittwoch: 7½ Uhr (B 2) „Ball im Savoy"; Donnerstag: 8 Uhr (C 1) „Salome"; Freitag: 7 Uhr (D 2) „Tannhäuser"; Samstag: 7½ Uhr (C 2) Erstaufführung „Disraeli"; Sonntag: 7½ Uhr (D 1) „Ball im Savoy".

Spielplan der „Kleinen Bühne". Sonntag: 7½ Uhr Erstaufführung: „Die Trafik Ihrer Exzellenz"; Montag: geschlossen; Dienstag: 8 Uhr „Höchste Eisenbahn"; Mittwoch: 8 Uhr „Die Trafik Ihrer Exzellenz"; Donnerstag: 8 Uhr „Die Trafik Ihrer Exzellenz"; Samstag: 8 Uhr „Höchste Eisenbahn"; Sonntag: 8 Uhr: „Die Trafik Ihrer Exzellenz".

Mitteilung aus dem Publikum.

Die Katze im Sack kaufen Sie, wenn Sie eine Glühlampe ohne bekannten Markennamen kaufen. Wer gewährleistet Ihnen, daß die von Ihnen gekaufte Lampe für die verbrauchte elektrische Energie, die Sie ja laufend bezahlen müssen, die hohe Lichtleistung aufweist, die nach dem heutigen Stande der Technik erreichbar ist? Nur die Firma, die sich zu ihrem Erzeugnis voll bekennt. Glühlampenverkauf ist durchaus Vertrauenssache. Der Markenname Osram hat Weltgeltung, weil Osram-Lampen stets das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen. Die wirtschaftlich beste Lampe ist letzten Endes auch die billigste, denn wichtiger als der Anschaffungspreis sind die Betriebskosten. 2105b O—.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeitersport im Rundfunk. Am Montag, den 11. September, spricht Genosse Hans Kratky um 15.10 Uhr am Wiener Sender über „Gymnastik als Grundlage aller Sportzweige".

Vom ungarischen Arbeitersport. Bei einem leichtathletischen Meeting des MTE. in Budapest wurden auch einige gute Resultate erzielt. Bei den Männern erzielte im Weitsprung Sotl 6.61 Meter, Csatho lief 5000 Meter in 16:51 Min. und die 15×100-Meter-Staffel brachte eine Zeit von 14:23 Min. (Durchschnitt 57.5 Sek.). Bei den Frauen lief Deak die 60 Meter in 8.2 Sek. und die 100 Meter in neuer Bestzeit von 13 Sek. Im Kugelstoßen erzielte Tichy eine Weite von 10.30 Meter. Das Hürdenlaufen über 80 Meter gewann Lovasz mit 14.6 Sek. und stellte damit eine neue Bestleistung auf. Die 4×100-Meter-Staffel gewann MTE. in 55 Sek. — Die Ringer wollen am 7. und 8. Oktober ein Meeting veranstalten, in dessen Rahmen ein Städtekampf zwischen Wien, Linz und Budapest vor sich gehen soll. — Am 1. Oktober findet in Budapest ein Handball-Länderspiel Wien gegen Ungarn statt. — Die Turner führen derzeit einen Kurs für Techniker durch, der 50 Teilnehmer aufweist.

Der Kuckuck
30 Groschen 20 Pfennig 30 Rappen 1·60 LK
Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag
Überall erhältlich

25%
der Gesamt-Auftragssumme zahlen wir als Provision im voraus
tüchtigen Oberreisenden
mit Kolonne, welche beste Erfolge in
Serien-Inseraten
mit einmal wöchentlich hintereinander folgenden Einschaltungen nachweisen können.
Wir suchen in allen Orten der Republik
Akquisiteure
für große Tageszeitungen. Wir bieten Dauerexistenz bei höchster Verdienstmöglichkeit. Offerten mit Erfolgnachweisen unter Chiffre „M. B." an Gregrs Annoncenbureau, Prag, Panská 8. 2100

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Cie., PILSEN
Selchwaren der Fa. HEGNER & Cie., PILSEN SIND DIE ALLERBESTEN!

ANGLO-ČECHOSLOVAKISCHE UND PRAGER CREDITBANK
ZENTRALE IN PRAG. 1899
AUSLANDS-FILIALEN: Belgrad, Bukarest, London, Sofia.
52 Filialen in der Čechoslovakischen Republik. u 7 Exposituren in Prag.

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Niekner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rota" A.-G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Pecil, Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Rückporomarken.